



„Rückhalt spüren“

Jeder Mensch hat etwas, das ihn antreibt.

Wir machen den Weg frei.

Geschäftsbericht 2013

**„Die Familie
zusammenhalten“**

Familie Stiener

„Mit ganzen Kräften unterstützen“

Anita Günther, Weil der Stadt



**„Was Gutes tun
mit Aussichten“**

Jennifer Bauer

„Gerne der sichere Rückhalt sein“

Sebastian Radl, Holzgerlingen



„Engagiere mich gerne
für meine Kunden“
Dominik Hübsch, Ehningen

„Vorwärts kommen
im Leben“
Steffen Gloger



„Verstehen, was wichtig ist“
Sandra Fischer, Böblingen

„Unseren Wohntraum
verwirklichen“
Familie Muhadri





Unser Antrieb ist, Ihnen den Rücken zu stärken – ganz gleich, in welcher Lebenssituation Sie sich befinden. Mit einer freundlichen genossenschaftlichen Beratung in 33 Filialen in Ihrer Nähe. Mit professionellen Lösungen, die auf Ihre speziellen Bedürfnisse zugeschnitten sind. Mit einem partnerschaftlichen Miteinander, das Ihnen auch die Möglichkeit gibt, Ihre Bank mitzugestalten. Und mit kräftiger Unterstützung für die Region, was allen Menschen, die hier leben, zugute kommt.

Herzlich willkommen bei der Vereinigten Volksbank.

Geschäftsbericht 2013

■ Die Bilanz 2013

Geschäftsvolumen	2,539 Mrd. Euro
Kundenkredite	1,490 Mrd. Euro
Kundeneinlagen	1,672 Mrd. Euro

Die ausführlichen Zahlen finden Sie auf den nächsten Seiten unseres Geschäftsberichts.

■ Inhalt

Jahresbilanz	8
Gewinn- und Verlustrechnung	11
Anhang	13
Lagebericht	25
Bericht des Aufsichtsrats	40

Rückblick auf 2013



■ Rückhalt spüren

Sehr geehrte Aktionäre, Kunden und Geschäftspartner,
sehr geehrte Damen und Herren,

in unserem letztjährigen Geschäftsbericht haben wir Ihnen **Mitgestalten** angekündigt. Was verstehen wir darunter? Das partnerschaftliche Prinzip, aus dem sich unser Werteverständnis ableitet – also das nachhaltige Bemühen um die Balance zwischen Aktionärs-, Kunden- und Mitarbeiterinteressen – ist für uns die überzeugendste Form einer Unternehmenskultur und Unternehmensausrichtung. **Mitgestalten** ist deshalb keine werbliche Dimension, sondern ein Bekenntnis zur wirklichen Teilhabe. Kunden und Aktionäre, aber auch Mitarbeiter erhalten den Rahmen, sich in ihre Bank in vielfältiger Art und Weise einzubringen. So wie wir als Volksbank helfen, die finanzielle Zukunft unserer Aktionäre und Kunden erfolgreich mitzugestalten, so suchen wir nach Wegen, die es unseren Kunden, Aktionären und Mitarbeitern ermöglichen, ihre Bank mitzugestalten. So erreichen wir gemeinsam mehr für Alle.

Mitgestalten können Sie auf vielfältige Art und Weise: in unseren Aktionärsforen, in der Hauptversammlung, in gemeinsamen Workshops von Kunden, Kundenbeiräten und Mitarbeitern zu neuen Geschäftsfeldern und vielem mehr. Sie werden darüber im Laufe des Jahres mehr sehen, lesen und hören.

Rückhalt spüren – das rufen wir Ihnen dieses Jahr zu. Alles was wir tun, hat mit unserem Anspruch zu tun: Rückhalt für die Menschen in unserer Region zu sein. Für alle Menschen, die mit uns zusammen Zukunft gestalten wollen. Für alle Menschen, die wir mit unserer Hilfe unterstützen können, ihre Wünsche und Ziele zu erreichen.

Wir sind der Rückhalt unserer Region – diesen Rückhalt spüren unsere Kunden und Aktionäre.

2013 war ein ereignisreiches und spannendes Jahr. Wir haben wieder ein ordentliches Ergebnis unserer Geschäftstätigkeit erzielt. Auch das Jahr 2014 hält manche Herausforderung für uns bereit, der wir mit Zuversicht und Engagement begegnen.

Für die vertrauensvolle Zusammenarbeit danken wir unseren Aktionären, Kunden und Geschäftspartnern sehr herzlich!

Ihr Vorstand der Vereinigten Volksbank AG



Wolfgang Klotz
Vorsitzender



Karlheinz Sanwald
stv. Vorsitzender



Oswald Fiorini



Günther Wainowski



1. Jahresbilanz der Vereinigten Volksbank AG zum 31. Dezember 2013

Aktivseite	€	€	€	Geschäftsjahr €	Vorjahr T €
1. Barreserve					
a) Kassenbestand			16.946.732,03		14.784
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken darunter: bei der Deutschen Bundesbank	17.645.826,39		17.645.826,39		17.369
c) Guthaben bei Postgiroämtern			0,00	34.592.558,42	(17.369) 0
2. Schultitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind					
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schultitel öffentlicher Stellen darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	0,00		0,00		0 (0)
b) Wechsel			0,00	0,00	0
3. Forderungen an Kreditinstitute					
a) täglich fällig			12.851.813,73		6.148
b) andere Forderungen			63.667.727,71	76.519.541,44	109.555
4. Forderungen an Kunden				1.490.389.686,49	1.442.220
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	877.055.433,94				(833.100)
Kommunalkredite	22.028.582,36				(32.443)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00	0,00			0 (0)
ab) von anderen Emittenten darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00	0,00	0,00		0 (0)
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	108.094.858,20	108.094.858,20			107.388 (107.388)
bb) von anderen Emittenten darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	429.257.888,80	429.257.888,80	537.352.747,00		443.968 (442.775)
c) eigene Schuldverschreibungen Nennbetrag	0,00		0,00	537.352.747,00	0 (0)
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				247.287.124,69	210.093
6a. Handelsbestand				0,00	0
7. Beteiligungen				67.643.138,09	67.683
darunter: an Kreditinstituten	8.586.328,03				(8.586)
an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00				(0)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen				76.800,00	77
darunter: an Kreditinstituten	0,00				(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00				(0)
9. Treuhandvermögen				23.124,08	31
darunter: Treuhandkredite	23.124,08				(31)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuld- verschreibungen aus deren Umtausch				0,00	0
11. Immaterielle Anlagewerte					
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutz- rechte und ähnliche Rechte und Werte			0,00		0
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			5.440,00		35
c) Geschäfts- oder Firmenwert			0,00		0
d) geleistete Anzahlungen			0,00	5.440,00	0
12. Sachanlagen				40.368.665,90	38.733
13. Eingefordertes, noch nicht eingezahltes Kapital				0,00	0
14. Sonstige Vermögensgegenstände				9.384.425,37	10.383
15. Rechnungsabgrenzungsposten				1.163.105,15	1.892
Summe der Aktiva				<u>2.504.806.356,63</u>	<u>2.470.359</u>

Passivseite	€	€	€	Geschäftsjahr €	Vorjahr T €
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) täglich fällig			18.000.150,00		15.000
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			<u>615.457.217,33</u>	633.457.367,33	535.710
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		403.856.235,94			339.964
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		<u>75.376.742,56</u>	479.232.978,50		101.467
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig		1.039.943.621,46			984.493
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		<u>152.727.893,94</u>	<u>1.192.671.515,40</u>	1.671.904.493,90	294.279
3. Verbriefte Verbindlichkeiten					
a) begebene Schuldverschreibungen			0,00		469
b) andere verbiefte Verbindlichkeiten			<u>0,00</u>	0,00	0
darunter:					
Geldmarktpapiere	0,00				(0)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	0,00				(0)
3a. Handelsbestand				0,00	0
4. Treuhandverbindlichkeiten					
darunter: Treuhandkredite	23.124,08			23.124,08	31 (31)
5. Sonstige Verbindlichkeiten				4.277.921,46	5.642
6. Rechnungsabgrenzungsposten				1.256.469,88	1.518
6a. Passive latente Steuern				0,00	0
7. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			19.929.004,83		18.607
b) Steuerrückstellungen			173.000,00		1.322
c) andere Rückstellungen			<u>11.587.697,33</u>	31.689.702,16	13.671
8. [gestrichen]				0,00	0
9. Nachrangige Verbindlichkeiten				10.801.480,73	11.718
10. Genussrechtskapital				0,00	0 (0)
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	0,00				
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken				17.000.000,00	12.675
darunter: Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	0,00				(0)
12. Eigenkapital					
a) Eingefordertes Kapital					
Gezeichnetes Kapital		45.950.619,64			45.951
abzüglich nicht eingeforderter ausstehender Einlagen		0,00			0
abzüglich eigene Aktien oder Anteile		<u>889.222,32</u>	45.061.397,32		1.084
b) Kapitalrücklage			63.015.306,02		62.967
c) Gewinnrücklagen					
ca) gesetzliche Rücklage		602.084,54			602
cb) Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen		0,00			0
cc) satzungsmäßige Rücklagen		0,00			0
cd) andere Gewinnrücklagen		<u>22.122.905,21</u>	22.724.989,75		21.766
d) Bilanzgewinn			<u>3.594.104,00</u>	134.395.797,09	3.594
Summe der Passiva				<u>2.504.806.356,63</u>	<u>2.470.359</u>

1. Eventualverbindlichkeiten					
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		0,00			0
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		34.041.839,26			35.314
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		<u>0,00</u>	34.041.839,26		0
2. Andere Verpflichtungen					
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		0,00			0
b) Platzierungs- u. Übernahmeverpflichtungen		0,00			0
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		<u>145.131.310,23</u>	145.131.310,23		104.248
darunter: Lieferverpflichtungen aus zinsbezogenen Termingeschäften	0,00				(0)

„Die Welt entdecken“

Anita Marchetti

**„Allein kann ich viel erreichen –
zusammen mit anderen alles“**
Jasmin Kienle, Althengstett



**„Unterstützung
und Hilfe bekommen“**

Richard Hanke

„Mitwirken und Zukunft gestalten“
Brigitte Ziegler, Weil der Stadt



2. Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar 2013 bis zum 31. Dezember 2013

	€	€	€	Geschäftsjahr €	Vorjahr T €
1. Zinserträge aus					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		58.842.388,08			64.376
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		<u>12.033.425,93</u>	70.875.814,01		15.112
2. Zinsaufwendungen			<u>26.528.466,52</u>	44.347.347,49	34.047
3. Laufende Erträge aus					
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			732.626,26		457
b) Beteiligungen			962.086,75		538
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			<u>0,00</u>	1.694.713,01	0
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinn- abführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen				0,00	0
5. Provisionserträge			21.244.145,06		20.291
6. Provisionsaufwendungen			<u>3.158.977,89</u>	18.085.167,17	2.916
7. Nettoaufwand des Handelsbestands				20.817,33	-13
8. Sonstige betriebliche Erträge				3.475.241,94	4.034
9. [gestrichen]				0,00	0
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		24.246.853,32			25.153
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung darunter: für Altersversorgung	1.255.737,44	<u>5.693.632,08</u>	29.940.485,40		5.321 (716)
b) andere Verwaltungsaufwendungen			<u>14.277.370,98</u>	44.217.856,38	14.407
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				3.763.491,68	5.697
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen				3.032.329,03	3.745
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			1.929.128,93		3.105
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft			<u>0,00</u>	-1.929.128,93	0
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			731.623,30		234
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			<u>0,00</u>	-731.623,30	0
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme				108.208,23	111
18. [gestrichen]				0,00	0
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				13.799.014,73	10.082
20. Außerordentliche Erträge			0,00		0
21. Außerordentliche Aufwendungen			<u>0,00</u>		0
22. Außerordentliches Ergebnis				0,00	(0)
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag darunter: latente Steuern	0,00		5.863.275,87		5.463 (0)
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen			<u>101.320,81</u>	5.964.596,68	105
24a. Einstellungen in Fonds für allgemeine Bankrisiken				<u>4.325.134,05</u>	<u>1.000</u>
27. Jahresüberschuss				3.509.284,00	3.515
28. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr				<u>84.820,00</u>	<u>79</u>
				3.594.104,00	3.594
30. Entnahmen aus Gewinnrücklagen					
a) aus der gesetzlichen Rücklage			0,00		0
b) aus der Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen			0,00		0
c) aus satzungsmäßigen Rücklagen			0,00		0
d) aus anderen Gewinnrücklagen			<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>0</u>
				3.594.104,00	3.594
32. Einstellungen in Gewinnrücklagen					
a) in die gesetzliche Rücklage			0,00		0
b) in die Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen			0,00		0
c) in satzungsmäßige Rücklagen			0,00		0
d) in andere Gewinnrücklagen			<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>0</u>
34. Bilanzgewinn				<u>3.594.104,00</u>	<u>3.594</u>

Die Posten 25, 26, 29, 31 und 33 sind im Geschäftsjahr und im Vorjahr nicht belegt.

**„In jeder Hinsicht fit
und beweglich bleiben“**

Ralf Maurer



„Ehrlich und authentisch beraten“
Jörg Niethammer, Böblingen



**„An alles denken, was
kommen könnte“**
Andrea Okrent, Möttlingen

**„Der nächste Schritt
im Beruf“**
Beatrice Schmitter

■ 3. Anhang

A. Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt. Gleichzeitig erfüllt der Jahresabschluss die Anforderungen des Aktiengesetzes (AktG) und der Satzung der Bank.

Gemäß Art. 67 Einführungsgesetz zum Handelsgesetzbuch (EGHGB) wird die folgende im Jahresabschluss 2010 angewandte Übergangsvorschrift des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) (hier: Beibehaltungs- und Fortführungswahlrechte für bestimmte Bilanzposten und Wertansätze) entsprechend der Rechtslage vor Inkrafttreten des BilMoG wie folgt fortgeführt: Beibehaltung der steuerrechtlichen Abschreibungen (§ 279 Abs. 2 i. V. m. § 254 Satz 1 HGB a. F.) nach Art. 67 Abs. 4 Satz 1 EGHGB.

B. Erläuterungen zu den Bilanzierungs-, Bewertungs- und Umrechnungsmethoden

Die auf EUR lautenden Barreserven wurden mit dem Nennwert angesetzt. Die Bewertung der Sorten erfolgte zum Kassakurs am Bilanzstichtag. Forderungen wurden grundsätzlich mit dem Nennwert angesetzt, wobei der Unterschiedsbetrag zwischen dem höheren Nennwert und dem Auszahlungsbetrag – sofern Zinscharakter vorliegt – in den passiven Rechnungsabgrenzungsposten abgegrenzt wurde. Dieser Unterschiedsbetrag wird grundsätzlich planmäßig, und zwar zinsanteilig aufgelöst. Der Anspruch auf Auszahlung des Körperschaftsteuerguthabens wurde mit dem Barwert ausgewiesen.

Anteilige Zinsen, deren Fälligkeit nach dem Bilanzstichtag liegt, die aber am Bilanzstichtag bereits den Charakter von bankgeschäftlichen Forderungen oder Verbindlichkeiten haben, sind dem zugehörigen Aktiv- oder Passivposten der Bilanz zugeordnet.

Die bei den Forderungen an Kunden erkennbaren Bonitätsrisiken sind durch Bildung von Einzelwertberichtigungen und Einzelrückstellungen abgedeckt. Für die latenten Kreditrisiken wurde unter Berücksichtigung der steuerlichen Richtlinien eine Pauschalwertberichtigung gebildet. Zusätzlich bestehen zur Sicherung gegen die besonderen Risiken des Geschäftszweigs Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB und ein Sonderposten für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB. Die Wahlrechte gemäß § 340c Abs. 2 HGB und § 340f Abs. 3 HGB wurden in Anspruch genommen.

Sämtliche Wertpapiere wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Dabei wurden die von den „Wertpapiermitteilungen“ (WM-Datenservice) und Fondsgesellschaften zur Verfügung gestellten Jahresschlusskurse herangezogen. Da die Wertpapiere im Girosammeldepot verwahrt werden, werden die Anschaffungskosten bei gleicher Wertpapiergattung nach der Durchschnittsmethode ermittelt.

Derivative Finanzinstrumente (Swap- und Optionsgeschäfte) betreffen ausschließlich Sicherungsinstrumente im Nichthandelsbestand, weshalb insoweit zum Bilanzstichtag keine imparitätische Einzelbewertung vorgenommen wurde.

Die zinsbezogenen Finanzinstrumente des Bankbuchs (einschließlich Derivate zur Steuerung des Zinsbuches und als Bestandteil von Bewertungseinheiten) werden im Rahmen einer Gesamtbetrachtung aller zinstragenden bilanziellen und außerbilanziellen Positionen des Bankbuchs nach Maßgabe von IDW RS BFA 3 verlustfrei bewertet. Hierbei werden die zinsinduzierten Barwerte den Buchwerten gegenübergestellt und von dem positiven Überschuss die Risiko- und Bestandsverwaltungskosten abgezogen. Für einen danach eventuell verbleibenden Verlustüberhang würde eine unter den anderen Rückstellungen auszuweisende Drohverlustrückstellung gebildet. Nach dem Ergebnis der Berechnungen zum 31.12.2013 war keine Rückstellung zu bilden.

Bei Zinsbegrenzungsvereinbarungen wird die gezahlte Prämie über die Laufzeit verteilt. Dazu wird bei Fälligkeit der einzelnen Teilloptionen der auf diese entfallende Prämienanteil erfolgswirksam ausgebucht.

Dienen derivative Finanzinstrumente (Swapgeschäfte) der Absicherung von Vermögensgegenständen, werden Bewertungseinheiten gebildet, sofern hierfür die erforderlichen Voraussetzungen vorliegen. Die Bewertung dieser derivativen Finanzinstrumente erfolgt nach den Vorschriften von § 254 HGB. Zur bilanziellen Abbildung der wirksamen Teile der Bewertungseinheiten wird die Einfrierungsmethode angewandt. Der Umfang der einbezogenen Vermögensgegenstände (Wertpapiere) als Grundgeschäfte beläuft sich auf einen Buchwert von TEUR 60.113.

Bei den gebildeten Bewertungseinheiten handelt es sich um perfekte Micro-Hedges. Grundgeschäfte und Sicherungsinstrumente stimmen jeweils in allen relevanten Ausstattungsmerkmalen

überein („Critical Term Match“). Daher haben sich die gegenläufigen Wertänderungen in Bezug auf das abgesicherte Risiko am Bilanzstichtag vollständig ausgeglichen. Der Gesamtbetrag der sich ausgleichenden Wertänderungen aus allen Bewertungseinheiten beläuft sich auf ca. 1,4 Mio. EUR. Aufgrund der übereinstimmenden relevanten Ausstattungsmerkmale wird auch künftig für die festgelegte Dauer der Sicherungsbeziehung ein vollständiger Ausgleich der gegenläufigen Wertänderungen in Bezug auf das abgesicherte Risiko erwartet.

Strukturierte Finanzinstrumente, die keine wesentlich erhöhten oder zusätzlichen (andersartigen) Risiken oder Chancen aufweisen, werden als einheitlicher Vermögensgegenstand bzw. einheitliche Verbindlichkeit nach den allgemeinen Grundsätzen bilanziert und bewertet.

Bei den trennungspflichtigen strukturierten Finanzinstrumenten konnte aus Gründen der Unwesentlichkeit auf eine Aufspaltung und getrennte Bilanzierung der einzelnen Bestandteile verzichtet werden.

Die Beteiligungen und die Anteile an verbundenen Unternehmen wurden grundsätzlich zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Die Ermittlung der Anschaffungskosten der Beteiligung an der Zweiten DZ Beteiligungs-GmbH & Co. KG, Baden-Württemberg, erfolgte nach Tauschgrundsätzen mit Gewinnrealisierung.

Die Sachanlagen und die entgeltlich erworbenen immateriellen Vermögensgegenstände wurden zu den Anschaffungskosten bzw. Herstellungskosten und, soweit abnutzbar, unter Berücksichtigung planmäßiger Abschreibungen bewertet. Die Abschreibungen wurden über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer, die sich grundsätzlich an den von der Finanzverwaltung veröffentlichten Abschreibungstabellen orientiert, linear vorgenommen.

Aufgrund voraussichtlich dauernder Wertminderungen wurden darüberhinaus bei Gebäuden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen.

Erhöhte Absetzungen für Abnutzung und Abschreibungen gemäß § 6b EStG für vor dem 1. Januar 2010 angeschaffte Sachanlagen wurden weitergeführt.

Geringwertige Wirtschaftsgüter bis zu einem Netto-Einzelwert von EUR 150 wurden voll abgeschrieben. Für Anlagegüter mit einem Netto-Einzelwert von mehr als EUR 150 und bis zu EUR 1.000 wurde eine Poolabschreibung nach steuerrechtlichen Vorgaben vorgenommen.

Die Passivierung der Verbindlichkeiten erfolgte zu dem jeweiligen Erfüllungsbetrag. Unterschiedsbeträge zwischen dem Erfüllungsbetrag einer Verbindlichkeit und dem niedrigeren Ausgabebetrag wurden in den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt. Der Unterschiedsbetrag wird planmäßig auf die Laufzeit der Verbindlichkeit verteilt.

Der Belastung aus Einlagen mit steigender Verzinsung und aus Zuschlägen sowie sonstigen über den Basiszins hinausgehenden Vorteilen für Einlagen wurde durch Rückstellungsbildung in angemessenem Umfang Rechnung getragen.

Den Pensionsrückstellungen und den Rückstellungen für Altersteilzeit liegen versicherungsmathematische Berechnungen auf Basis der „Richttafeln 2005 G“ (Prof. Dr. Klaus Heubeck) zugrunde. Verpflichtungen aus Pensionsanwartschaften werden mittels modifiziertem Teilwertverfahren angesetzt. Altersteilzeitrückstellungen, laufende Rentenverpflichtungen und Altersversorgungsverpflichtungen gegenüber ausgeschiedenen Mitarbeitern sind mit dem Barwert bilanziert. Die bei der Abzinsung der Pensionsrückstellungen und Rückstellungen für Altersteilzeit angewendeten Zinssätze von 4,91 % und 4,88 % wurden unter Inanspruchnahme der Vereinfachungsregel nach § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren festgelegt. Diese beruhen auf einem Rechnungszinsfuß gemäß Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV).

Es wurden erwartete Lohn- und Gehaltssteigerungen in Höhe von 1,00 % bis 2,50 % und eine Rentendynamik in Höhe von 2,00 % zugrunde gelegt.

Bei Altersversorgungsverpflichtungen, die die Voraussetzungen des § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB erfüllen, wurden die Verpflichtungen mit den ihnen zuzurechnenden Vermögensgegenständen verrechnet. Deckungsvermögen mit einem beizulegenden Zeitwert in Höhe von EUR 2.866.007 (Anschaffungskosten in Höhe von EUR 2.549.317) wurde in voller Höhe mit Altersversorgungsverpflichtungen saldiert.

Bei der Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts der zu verrechnenden Vermögensgegenstände wurde das saldierungsfähige Vermögen angesetzt.

Aufwendungen aus der Aufzinsung der Verpflichtungen wurden mit Erfolgswirkungen aus Zeitwertänderungen des Deckungsvermögens in Höhe von EUR 119.177 verrechnet. Der Saldo ist unter GuV-Posten 12 ausgewiesen.

Im Übrigen wurden für ungewisse Verbindlichkeiten und drohende Verluste aus schwebenden Geschäften Rückstellungen in angemessener Höhe gebildet.

Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von über einem Jahr wurden gemäß § 253 Abs. 2 HGB abgezinst. Bei Rückstellungen für Sparprodukte wurde zur genaueren Bestimmung der maßgeblichen Restlaufzeit von der hälftigen verbleibenden Vertragslaufzeit auf die Duration des Rückstellungsverbrauchs umgestellt. Die Auswirkung dieser Umstellung ist nicht wesentlich.

Die erstmalige Einbuchung einer Rückstellung mit einer Restlaufzeit von über einem Jahr erfolgte mit dem abgezinsten Betrag (Nettomethode).

Eine Überdeckung bei den anderen Rückstellungen, die aus der geänderten Bewertung aufgrund des BilMoG im Jahresabschluss 2010 resultiert, wurde in Höhe von EUR 6.000 zulässigerweise beibehalten.

Auf fremde Währung lautende Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten wurden mit dem Devisenkassamittelkurs des Bilanzstichtages umgerechnet.

Die sich aus der Währungsumrechnung ergebenden Aufwendungen wurden in der Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigt.

Erträge aus der Währungsumrechnung wurden in der Gewinn- und Verlustrechnung vereinnahmt, weil die Restlaufzeiten der auf fremde Währung lautenden Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten unter einem Jahr liegen.

Der Ausweis der Ergebnisse aus der Währungsumrechnung erfolgt netto im GuV-Posten 7.

Der Jahresabschluss wurde vor Verwendung des Jahresergebnisses aufgestellt.

Gegenüber dem Vorjahr wurden die erstmals separat ermittelten Zinsänderungseffekte bei der Aufzinsung von Pensionsrückstellungen und Rückstellungen für Altersteilzeit im GuV-Posten 12 ausgewiesen (Vorjahr GuV-Posten 10a). Bei einer Reduzierung des Zinssatzes um 16 Basispunkte ergab sich im Geschäftsjahr ein auf den Zinsänderungseffekt entfallender Aufwand von EUR 435.462; im Vorjahr betrug die Reduzierung des Zinssatzes 6 Basispunkte.

Eine Auswirkung auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ergibt sich dadurch nicht.

C. Entwicklung des Anlagevermögens 2013

(volle EUR)	Anschaffungs-/ Herstellungskosten €	Zugänge (a) Zuschreibungen (b) des Geschäftsjahres €	Umbuchungen (a) Abgänge (b) des Geschäftsjahres €	Abschreibungen (kumuliert) €	Buchwerte am Bilanzstichtag €	Abschreibungen Geschäftsjahr €
Immaterielle Anlagewerte						
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	0	0 (a) 0 (b)	0 (a) 0 (b)	0	0	0
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	791.505	7.741 (a) 0 (b)	0 (a) 0 (b)	793.806	5.440	37.634
c) Geschäfts- oder Firmenwert	0	0 (a) 0 (b)	0 (a) 0 (b)	0	0	0
d) geleistete Anzahlungen	0	0 (a) 0 (b)	0 (a) 0 (b)	0	0	0
Sachanlagen						
a) Grundstücke und Gebäude	63.465.504	6.949.809 (a) 0 (b)	0 (a) 4.488.375 (b)	28.318.828	37.608.110	2.672.180
b) Betriebs- und Geschäftsausstattung	19.232.761	996.224 (a) 0 (b)	0 (a) 976.301 (b)	16.492.128	2.760.556	1.053.678
a	83.489.770	7.953.774 (a) 0 (b)	0 (a) 5.464.676 (b)	45.604.762	40.374.106	3.763.492

	Anschaffungskosten €	Veränderungen (saldiert) €	Buchwerte am Bilanzstichtag €
Wertpapiere des Anlagevermögens	278.858.391		244.835.460
Beteiligungen	67.683.173		67.643.138
Anteile an verbundenen Unternehmen	76.800		76.800
b	346.618.364	-34.062.966	312.555.398
Summe a und b	430.108.134		352.929.504

D. Erläuterungen zur Bilanz

- In den Forderungen an Kreditinstitute sind EUR 30.531.243 Forderungen an die zuständige genossenschaftliche Zentralbank enthalten.
- Die in der Bilanz ausgewiesenen Forderungen haben folgende Restlaufzeiten:

	bis 3 Monate €	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr €	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre €	mehr als 5 Jahre €
Andere Forderungen an Kreditinstitute (A 3b) (ohne Bausparguthaben)	20.000.000	10.000.000	28.000.000	0
Forderungen an Kunden (A 4)	25.940.887	109.202.569	401.302.286	916.466.226

Anteilige Zinsen, die erst nach dem Bilanzstichtag fällig werden, wurden nicht nach den Restlaufzeiten gegliedert.

In den Forderungen an Kunden (A 4) sind EUR 37.431.384 Forderungen mit unbestimmter Laufzeit enthalten.

- Von den in der Bilanz ausgewiesenen Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren (A 5) werden im auf den Bilanzstichtag folgenden Geschäftsjahr EUR 121.561.212 fällig.
- In den Forderungen sind folgende Beträge enthalten, die auch Forderungen an verbundene Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen sind:

	Forderungen an verbundene Unternehmen		Forderungen an Beteiligungsunternehmen	
	Geschäftsjahr €	Vorjahr €	Geschäftsjahr €	Vorjahr €
Forderungen an Kreditinstitute (A 3)	0	0	36.057.759	24.555.552
Forderungen an Kunden (A 4)	1.897.356	1.897.323	0	2.456.466
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (A 5)	0	0	120.796.750	100.719.132

- In folgenden Posten sind enthalten:

	börsenfähig €	davon: börsennotiert €	davon: nicht börsennotiert €	nicht mit dem Niederstwert bewertete börsenfähige Wertpapiere €
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (A 5)	537.352.747	537.352.747	0	0
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (A 6)	22.842.436	0	22.842.436	0

- Die Bank hält folgende Anteile an inländischen Investmentvermögen (§ 1 InvG bzw. § 2 Abs. 9 InvG) im Posten Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere mit Anteilsquoten von mehr als 10 %:

Anlageziel	Wert der Anteile i. S. § 36 InvG €	Differenz zum Buchwert €	Erfolgte Ausschüttung für das Geschäftsjahr €
VVAG-UNIVERSAL-FONDS	234.911.296	10.466.608	0

Es handelt sich hierbei um einen Dachspezialfonds, der schwerpunktmäßig in direkte Rentenwerte nationaler und internationaler Unternehmen mit Mindestrating BBB- investiert. Außerdem sind nationale und internationale Renten-, Aktien- und Rohstofffonds sowie liquides Bankguthaben enthalten. Die Investition in Immobilienfonds ist ausgeschlossen. Beschränkungen in der täglichen Rückgabemöglichkeit bestehen nicht.

- Die Bank besitzt an folgenden Unternehmen Kapitalanteile in Höhe von mindestens 20 %:

Name und Sitz	Anteil am Gesellschaftskapital	Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des letzten vorliegenden Jahresabschlusses	
	%	Jahr	T €	Jahr	T €
a) Grundstücks- und Verwaltungsgesellschaft mbH der Vereinigte Volksbank AG, Böblingen	100	2013	26	2013	0
b) Immobilien- und Beteiligungsgesellschaft mbH der Vereinigte Volksbank AG, Böblingen	100	2013	39	2013	0
c) Schönbuch-Immobilien GmbH, Böblingen	100	2013	26	2013	0

Mit den genannten Unternehmen besteht ein Konzernverhältnis. Ein Konzernabschluss wurde nicht aufgestellt, weil aufgrund untergeordneter Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage (§ 296 Abs. 2 HGB) auf die Aufstellung verzichtet werden konnte. Die addierten Bilanzsummen bzw. Jahresergebnisse betragen jeweils weniger als 1 % eines aufzustellenden Konzernabschlusses. Mit den unter Buchstaben a) und c) genannten Unternehmen besteht ein Ergebnisabführungsvertrag. Im Geschäftsjahr 2013 wurde ein Verlust in Höhe von TEUR 108 übernommen.

- Im Aktivposten „Sachanlagen“ sind Grundstücke und Bauten, welche die Bank im Rahmen eigener Tätigkeit nutzt, in Höhe von EUR 29.589.238 und Betriebs- und Geschäftsausstattung in Höhe von EUR 2.760.556 enthalten.
- Im Posten „Sonstige Vermögensgegenstände“ ist der Anspruch auf Auszahlung des Körperschaftsteuerguthabens gemäß § 37 Abs. 5 KStG mit EUR 4.552.360 als wesentlicher Einzelbetrag enthalten.
- In den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten sind Unterschiedsbeträge zwischen dem Ausgabebetrag und dem höheren Erfüllungsbetrag von Verbindlichkeiten in Höhe von EUR 261.111 (Vorjahr EUR 557.524) enthalten.
- Im Rahmen von echten Pensionsgeschäften wurden Wertpapiere mit einem Buchwert von EUR 249.170.490 übertragen. Der für die Übertragung erhaltene Betrag wurde passiviert.
- In den folgenden Aktivposten sind Vermögensgegenstände, für die eine Nachrangklausel besteht, enthalten:

Posten	Geschäftsjahr €	Vorjahr €
5	1.013.350	1.013.343
6	1.095.993	1.948.607

- In den Vermögensgegenständen sind Fremdwährungsposten im Gegenwert von EUR 5.231.430 enthalten.
- In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind EUR 531.739.279 Verbindlichkeiten gegenüber der zuständigen genossenschaftlichen Zentralbank enthalten.
- Die in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten weisen folgende Restlaufzeiten auf:

	bis 3 Monate €	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr €	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre €	mehr als 5 Jahre €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 1b)	347.496.893	5.330.841	103.260.244	156.222.315
Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten (P 2ab)	4.164.981	44.589.806	26.411.166	0
Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 2bb)	79.616.813	53.770.615	17.528.727	915.308

Anteilige Zinsen, die erst nach dem Bilanzstichtag fällig werden, wurden nicht nach den Restlaufzeiten gegliedert.

- In den passiven Rechnungsabgrenzungsposten sind Disagioträge, die bei der Ausreicherung von Forderungen in Abzug gebracht wurden, im Gesamtbetrag von EUR 1.256.470 (Vorjahr EUR 1.517.209) enthalten.
- Zu den nachrangigen Verbindlichkeiten (Passivposten 9) ergeben sich folgende Angaben:

Im Geschäftsjahr fielen Aufwendungen für nachrangige Verbindlichkeiten in Höhe von EUR 510.370 an.

Mittelaufnahmen, die 10 % des Gesamtbetrages der nachrangigen Verbindlichkeiten übersteigen, erfolgen zu folgenden Bedingungen:

Betrag	Währung	Zinssatz in %	Fälligkeit
2.000.000	€	5,07	September 2014
2.000.000	€	5,07	September 2014
2.000.000	€	4,70	November 2014
2.000.000	€	4,40	März 2015

Die Restlaufzeit der weiteren nachrangigen Verbindlichkeiten liegt ebenfalls zwischen 0 und 2 Jahren. Sie sind mit Zinssätzen von 3,90 % bis 4,47 % ausgestattet.

Für die nachrangigen Verbindlichkeiten gelten die folgenden wesentlichen Bedingungen: Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung ist ausgeschlossen. Die Verbindlichkeiten sind im Falle des Insolvenzverfahrens oder der Liquidation der Bank erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückzuzahlen. Eine Umwandlung in andere Eigenkapitalformen ist nicht möglich. Die mit den Gläubigern der nachrangigen Verbindlichkeiten getroffenen Nachrangabreden erfüllen die Voraussetzungen für die Anerkennung als haftendes Eigenkapital gemäß § 10 Abs. 5a Nr. 1 und 3 KWG in der Fassung vor dem CRD-Umsetzungsgesetz.

- In den nachstehenden Verbindlichkeiten sind folgende Beträge enthalten, die auch Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen sind:

	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen		Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungsunternehmen	
	Geschäftsjahr €	Vorjahr €	Geschäftsjahr €	Vorjahr €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (P 1)	0	0	531.739.279	472.728.845
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (P 2)	64.003	63.743	11.830	16.432.282

- In den Schulden (einschließlich Eventualverbindlichkeiten) sind Fremdwährungsposten im Gegenwert von EUR 19.482.702 enthalten.
- Latente Steuern sind nicht bilanziert. Bei einer Gesamtdifferenzbetrachtung errechnet sich ein aktiver Überhang von latenten Steuern, der in Ausübung des Wahlrechts nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB nicht angesetzt wurde. Den passiven Steuerlatenzen aus Differenzen beim Sachanlagevermögen stehen höhere aktive Steuerlatenzen aus Differenzen insbesondere aus der Bewertung von Kundenforderungen, Wertpapieren und Rückstellungen gegenüber.
- Das unter Passivposten 12a „Gezeichnetes Kapital“ ausgewiesene Grundkapital beläuft sich wie im Vorjahr auf nominal 45.950.619,64 Euro und ist in 1.797.052 Stückaktien mit einem rechnerischen Nennwert von 25,57 Euro je Aktie aufgeteilt.
- Zum Bilanzstichtag befanden sich 34.776 eigene Aktien mit einem rechnerischen Anteil am Grundkapital von EUR 889.222,32 (1,94 %) im Bestand. Diese wurden entsprechend § 272 Abs. 1a S. 1 und 2 HGB mit dem Eigenkapital verrechnet.
- Gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 7 AktG hat die Hauptversammlung den Vorstand ermächtigt, bis zum 18. Mai 2015 zum Zweck des Wertpapierhandels eigene Aktien zu erwerben und zu verkaufen. Der Bestand der zu diesem Zweck zu erwerbenden Aktien darf am Ende eines jeden Tages 5 % des Grundkapitals der Bank nicht übersteigen. Aufgrund dieses Beschlusses dürfen Aktien nur erworben oder verkauft werden, wenn der Gegenwert je Aktie den Durchschnitt der an den jeweils drei vorangehenden Abrechnungstagen verwendeten Kurse um nicht mehr als 10 % übersteigt oder unterschreitet.
- Gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG hat die Hauptversammlung dem Vorstand zu jedem gesetzlich zulässigen Zweck die Ermächtigung zum Rückkauf eigener Aktien von bis zu 10 % des bei Beschlussfassung bestehenden Grundkapitals erteilt. Diese Ermächtigung gilt bis zum 18. Mai 2015. Aufgrund dieses Beschlusses dürfen Aktien nur erworben oder verkauft werden, wenn der Gegenwert je Aktie den Durchschnitt der an den jeweils drei vorangehenden Abrechnungstagen verwendeten Kurse um nicht mehr als 10 % übersteigt oder unterschreitet. Die Ermächtigung kann ganz oder in Teilbeträgen, einmal oder mehrmals ausgeübt werden. Dabei dürfen auf die aufgrund dieser Ermächtigung erworbenen eigenen Aktien zusammen mit anderen eigenen Aktien, die sich im Besitz der Gesellschaft befinden oder ihr nach §§ 71a ff. AktG zuzurechnen sind, zu keinem Zeitpunkt mehr als 10 % des jeweiligen Grundkapitals entfallen. Die gesetzlichen Bestimmungen des § 71 AktG sind zu wahren.
Der Vorstand ist ermächtigt, die aufgrund dieser Ermächtigung erworbenen eigenen Aktien einzuziehen, ohne dass die Durchführung der Einziehung eines weiteren Beschlusses der Hauptversammlung bedarf. Die Ermächtigung zur Einziehung kann ganz oder in Teilen ausgeübt werden. Die Einziehung führt zur Kapitalherabsetzung. Der Vorstand kann abweichend hiervon bestimmen, dass das Grundkapital nicht herabgesetzt wird, sondern sich der Anteil der übrigen Aktien am Grundkapital gemäß § 8 Abs. 3 AktG erhöht. Der Vorstand ist in diesem Fall berechtigt, die Angabe der Anzahl der Aktien in der Satzung anzupassen.
- Im Laufe des Geschäftsjahres wurden von der Bank 31.060 eigene Aktien (1,73 % des Grundkapitals) zu durchschnittlichen Anschaffungspreisen von EUR 74,68 erworben und 38.664 eigene Aktien (2,15 % des Grundkapitals) zu durchschnittlichen Verkaufspreisen von EUR 75,51 wieder veräußert. Der höchste Tagesbestand an eigenen Aktien belief sich auf 2,39 % des Grundkapitals.
- Zum Bilanzstichtag waren der Bank 14.934 eigene Aktien mit einem rechnerischen Anteil am Grundkapital von EUR 381.862,38 (0,83 % des Grundkapitals) verpfändet.

- Das Eigenkapital (P 12 a bis c) hat sich wie folgt entwickelt:

	Eingefordertes Kapital €	Kapital- rücklage €	Gesetzliche Rücklage €	Andere Gewinnrücklagen €
Stand 31.12.2012	44.866.963	62.967.025	602.085	21.765.646
zuzüglich Reduzierung Bestand eigener Aktien	194.434	0	0	357.259
Zuzahlungen aus Handel mit eigenen Aktien	0	48.281	0	0
Entnahmen	0	0	0	0
Stand 31.12.2013	45.061.397	63.015.306	602.085	22.122.905
nachrichtlich: darin enthaltene Kürzung Gesamtbestand an eigenen Aktien (34.776 Stück)	889.222			1.691.302

- Die im Posten 1b) und 2c) unter dem Bilanzstrich ausgewiesenen Verpflichtungen unterliegen den für alle Kreditverhältnisse geltenden Risikoidentifizierungs- und -steuerungsverfahren, die eine rechtzeitige Erkennung der Risiken gewährleisten.

Akute Risiken einer Inanspruchnahme aus den unter dem Bilanzstrich ausgewiesenen Haftungsverhältnissen sind durch Rückstellungen gedeckt. Die ausgewiesenen Verpflichtungen betreffen überwiegend breit gestreute Bürgschafts- und Gewährleistungsverträge für Kunden bzw. offene Kreditzusagen gegenüber Kunden.

Die Risiken wurden im Zuge einer Einzelbewertung der Bonität dieser Kunden beurteilt.

Die ausgewiesenen Beträge unter 1b) zeigen nicht die zukünftig aus diesen Verträgen zu erwartenden tatsächlichen Zahlungsströme, da die überwiegende Anzahl der Eventualverbindlichkeiten nach Einschätzung der Bank ohne Inanspruchnahme auslaufen werden.

- Zum Bilanzstichtag bestanden noch nicht abgewickelte Zinsswaps und Zinscaps.

Diese Geschäfte dienen ausschließlich der Absicherung gegen Zinsänderungsrisiken.

In der nachfolgenden Tabelle sind die Derivatgeschäfte (Nichthandelsbestand; einschließlich der in Bewertungseinheiten einbezogenen Derivate), die am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelt waren, zusammengefasst (§ 36 RechKredV bzw. § 285 Nr. 19 HGB). Neben der Gliederung nach Produktgruppen wird die Fälligkeitsstruktur auf Basis der Nominalbeträge angegeben. Die Adressenrisiken sind als Kreditrisikoäquivalente (ungewichtet) entsprechend den Eigenkapitalvorschriften der Solvabilitätsverordnung angegeben.

(Angaben in Mio. EUR, die Zeitwerte enthalten keine Zinsabgrenzungen)

	Nominalbetrag Restlaufzeit				beizulegender Zeitwert	Adressenrisiko
	<= 1 Jahr	1–5 Jahre	> 5 Jahre	Summe		
Zinsbezogene Geschäfte						
OTC-Produkte						
- Zinsswaps (gleiche Währung) mit positiven Zeitwerten	0,0	32,0	29,0	61,0	0,4	0,9
- Zinsswaps (gleiche Währung) mit negativen Zeitwerten	38,0	90,0	70,0	198,0	-10,6	1,5
- Zinscaps	0,0	90,0	0,0	90,0	0,0	0,5

Darüber hinaus wurden einheitlich zu bilanzierende strukturierte Finanzinstrumente erworben. Sie beinhalten neben einem Basisinstrument noch Zinsobergrenzenvereinbarungen (Caps) sowie Schuldner- und Gläubigerkündigungsrechte.

Im Rahmen von Bewertungseinheiten (Micro-Hedges) wurden negative Marktwerte der Zinsswaps in Höhe von TEUR 1.420 bei der Bewertung der abgesicherten Wertpapiere berücksichtigt.

Der unter den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten (Aktivposten 15) erfasste Buchwert der Zinsbegrenzungsvereinbarungen (Zinscaps) beläuft sich auf EUR 901.994.

Zinsswaps werden anhand der aktuellen Zinsstrukturkurve am Bilanzstichtag nach der Barwertmethode bewertet. Hierbei werden die Zahlungsströme (Cashflows) mit dem risiko- und laufzeit-adäquaten Marktzins diskontiert.

Für die Bewertung der Zinscaps werden Optionspreismodelle eingesetzt. Deren Einsatz erfolgt auf der Basis der allgemein anerkannten Annahmen.

- Von den Verbindlichkeiten sind durch Übertragung von Vermögensgegenständen gesichert:

Passivposten	Gesamtbetrag der als Sicherheit übertragenen Vermögenswerte in €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (P 1)	435.918.708

E. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

- Die Provisionserträge aus für Dritte erbrachte Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung, insbesondere für die Vermittlung von Wertpapieren, Immobilien, Versicherungen, Bausparverträgen und Krediten, nehmen in der Ertragsrechnung einen festen Bestandteil ein und machen ca. 0,4 % der durchschnittlichen Bilanzsumme aus.
- Im Posten 2 der Gewinn- und Verlustrechnung sind Aufwendungen in Höhe von TEUR 445 aus der vorzeitigen Beendigung eines Zinsswaps enthalten.
- In den Sonstigen betrieblichen Erträgen (GuV-Posten 8) und den Sonstigen betrieblichen Aufwendungen (GuV-Posten 12) sind folgende nicht unwesentliche Einzelbeträge enthalten:

Art	€
Auflösung von Rückstellungen für Prozesskosten und Rechtsrisiken	1.570.820
Aufwendungen aus der Aufzinsung von Pensionsrückstellungen	1.369.345
Zuführung zu Rückstellungen für Prozesskosten und Rechtsrisiken	1.326.400

- Die Abschreibungen auf Sachanlagen haben sich durch die Verkürzung von Restnutzungsdauern um EUR 763.096 gegenüber dem Jahr 2011 erhöht (im Vorjahr betrug diese Auswirkung EUR 2.769.309).
- Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betreffen mit EUR 1.426.381 (Vorjahr EUR 1.020.432) Aufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen.
- Die für das Geschäftsjahr ermittelten Auf- und Abzinsungseffekte für Zinsrückstellungen aus Zinsprodukten wurden unter den Zinserträgen und den Zinsaufwendungen erfasst. Dadurch hat sich der Zinsüberschuss per saldo um EUR 18.283 (Vorjahr EUR -40.567) erhöht.
- In den Posten der Gewinn- und Verlustrechnung sind periodenfremde Erträge in Höhe von EUR 2.126.898 und periodenfremde Aufwendungen in Höhe von EUR 774.952 enthalten. Die periodenfremden Erträge betreffen im Wesentlichen Auflösungen von Rückstellungen mit TEUR 1.741 sowie Provisionserträge aus dem Vorjahr mit TEUR 241. Die periodenfremden Aufwendungen betreffen im Wesentlichen betriebliche Altersvorsorgeaufwendungen.
- Steuerrechtliche Abschreibungen gemäß § 6b EStG wurden in Höhe von EUR 454.158 aus Vorjahren beibehalten. Das Jahresergebnis wurde dadurch kaum beeinflusst. Für künftige Jahresabschlüsse ergeben sich hieraus keine nennenswerten Belastungen.

F. Sonstige Angaben

- An die Mitglieder des Vorstands wurden Gesamtbezüge gewährt in Höhe von EUR 1.212.256. Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats betrugen EUR 159.221.
- Die früheren Mitglieder des Vorstands bzw. deren Hinterbliebene erhielten EUR 830.332.
- Für frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene bestehen zum 31.12.2013 Pensionsrückstellungen in Höhe von EUR 10.289.927.
- Die Kredite an Mitglieder des Vorstands betrugen EUR 687.287 und an Mitglieder des Aufsichtsrats EUR 3.255.865.
- Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen zu nicht marktüblichen Bedingungen wurden nicht abgeschlossen.
- Nicht in der Bilanz ausgewiesene oder vermerkte Verpflichtungen, die für die Beurteilung der Finanzlage von Bedeutung sind, bestehen in Form von:
 - Garantieverpflichtungen gegenüber der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. (Garantieverbund) in Höhe von EUR 4.336.400
 - Verpflichtungen aus Leasinggeschäften mit Vertragslaufzeiten von maximal vier Jahren in Höhe von EUR 280.831
 - Verpflichtungen aus Mietverträgen für Immobilien in Höhe von EUR 543.734 p.a.
- Die Zahl der 2013 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer betrug:

	Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte
Prokuristen	13	3
Sonstige kaufmännische Mitarbeiter	336	130
Nicht kaufmännische Mitarbeiter	4	3
	353	136

Außerdem wurden durchschnittlich 30 Auszubildende beschäftigt.

- In dem gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremium der FIDUCIA IT AG, Karlsruhe, nimmt ein Vorstandsmitglied ein Mandat wahr.
- Das vom Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr berechnete Gesamthonorar beträgt, aufgeschlüsselt in das Honorar für

	Honorar in €
die Abschlussprüfungsleistungen	234.097
andere Bestätigungsleistungen	27.409
sonstige Leistungen	19.670

- Der Name und die Anschrift des zuständigen Abschlussprüfers lauten:

Audit GmbH Karlsruhe Stuttgart
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Lautenbergstraße 1
76137 Karlsruhe

- Mitglieder des Vorstands, ausgeübter Beruf

Klotz, Wolfgang	(Vorsitzender), Geschäftsleiter
Sanwald, Karlheinz	(stellvertretender Vorsitzender), Geschäftsleiter
Fiorini, Oswald	Geschäftsleiter
Wainowski, Günther	Geschäftsleiter

- Mitglieder des Aufsichtsrats, ausgeübter Beruf, ggf. Unternehmen, in dem der Beruf ausgeübt wird:

Beckmann, Dr. Joachim	(Vorsitzender seit 15. Mai 2013) , selbständiger Ingenieur, Leinfelden-Echterdingen
Traut, Wolfgang	(Vorsitzender), Bankvorstand im Ruhestand (bis 15. Mai 2013)
Bäuerle, Volker	(stellvertretender Vorsitzender), Bürgermeister von Bad Liebenzell a. D.
Röhm, Dr. Wolfgang	(stellvertretender Vorsitzender), Zeitungsverleger der Röhm KG, Sindelfingen
Blumhardt, Karlfriedrich	angestellter Leiter des Architekturbüros Dipl.-Ing. Hansjörk Schneck Freier Architekt GmbH (seit 15. Mai 2013)
Brodbeck, Manfred	Geschäftsführer der Diakonie- und Sozialstation Schönbuchlichtung, Holzgerlingen
Dinkelaker, Werner	Geschäftsführer der Schönbuch-Bräu GmbH & Co. KG, Böblingen
Eberwein, Claus-Dieter	Rechtsanwalt in der Anwaltskanzlei Eberwein & Wüst, Leinfelden-Echterdingen
Elsässer, Eberhard	geschäftsführender Gesellschafter der Elektro-Elsässer GmbH, Sindelfingen
Früh, Jürgen	geschäftsführender Gesellschafter der Früh GmbH, Böblingen
Renz, Eckart	geschäftsführender Gesellschafter der Wilhelm Renz GmbH & Co. KG, Böblingen
Stahl, Willy	geschäftsführender Gesellschafter der RAS Reinhardt Maschinenbau GmbH, Sindelfingen
Straub, Hans-Josef	Bürgermeister von Weil der Stadt a. D.
Dörich, Bernd	Bankangestellter
Fischer, Irmtraud	Bankangestellte (seit 1. Februar 2013)
Goedeckemeyer, Stefan	Bankangestellter (bis 31. Januar 2013)
Hirsch, Christoph	Bankangestellter
Meichsner, Hartmut	Bankangestellter
Vaihinger, Andrea	Bankangestellte
Welsch, Tanja	Bankangestellte

Sindelfingen, 10. Februar 2014

Vereinigte Volksbank AG

Der Vorstand



Wolfgang Klotz
Vorsitzender



Karlheinz Sanwald
stv. Vorsitzender



Oswald Fiorini



Günther Wainowski

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Vereinigten Volksbank AG, Sindelfingen, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach §§ 340k und 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Karlsruhe, 25. Februar 2014

Audit GmbH Karlsruhe Stuttgart
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Wilhelmy
Wirtschaftsprüfer

Schmid
Wirtschaftsprüfer

I. Geschäftsverlauf

1. Entwicklung der Gesamtwirtschaft und der Kreditgenossenschaften

Wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland

Im Jahr 2013 wurde die konjunkturelle Entwicklung Deutschlands nochmals durch die insgesamt schwierigen weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen belastet. Nach anfangs gedämpften Prognosen hellte sich die Wirtschaftslage im weiteren Jahresverlauf auf. Hierzu trugen nicht zuletzt die nachlassende Unsicherheit über die Entwicklung des Euroraums und eine Belebung des Exportgeschäfts bei. Dennoch gingen vom Außenhandel, ebenso wie von den Investitionsausgaben, auf Jahressicht kaum Wachstumsimpulse aus. Das Wirtschaftswachstum wurde vor allem vom Anstieg der Konsumausgaben getragen.

Die privaten Konsumausgaben nahmen um 0,9 Prozent (Vorjahr 0,8 Prozent) zu. Zur Ausweitung der Konsumausgaben trugen der weitere Beschäftigungsaufbau, steigende Tarifeinkommen und eine Zunahme der monetären Sozialleistungen bei. Zudem wurden die privaten Haushalte Anfang 2013 durch eine Senkung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Rentenversicherung und eine leichte Erhöhung des steuerlichen Grundfreibetrages entlastet.

Das Investitionsklima hat sich in 2013 verbessert. Die Investitionsbereitschaft wurde durch die nachlassende Unsicherheit über die wirtschaftspolitische und konjunkturelle Entwicklung sowie die nach wie vor sehr günstigen Finanzierungsbedingungen befördert.

Die Folgen der europäischen Staatsschuldenkrise haben sich zu Beginn des Jahres nochmals spürbar in der Außenhandelsstatistik Deutschlands niedergeschlagen. Anders als im Vorjahr konnten die Rückgänge im Exportgeschäft mit den Partnerländern des Euroraums wegen einer insgesamt verhaltenen Weltkonjunktur nur bedingt durch die Nachfrage in den außereuropäischen Ländern kompensiert werden.

Nach einem Finanzierungsüberschuss von 2,3 Milliarden Euro in 2012 schlossen die öffentlichen Haushalte Deutschlands das Jahr 2013 mit einem leichten Defizit von 1,7 Milliarden Euro ab. Zwar konnten sowohl der Bund als auch die Länder ihre Finanzierungsdefizite deutlich vermindern. Die Überschüsse der Gemeinden und Sozialversicherungen fielen aber weniger stark aus als zuvor. Gestützt durch die günstige Arbeitsmarktentwicklung sind die Steuereinnahmen insgesamt merklich gestiegen. Die Maastricht-Defizitquote als Relation aus dem staatlichen Finanzierungssaldo und dem nominalen Bruttoinlandsprodukt ist im Vorjahresvergleich von +0,1 Prozent auf -0,1 Prozent zurückgegangen.

Der deutsche Arbeitsmarkt zeigte sich ungeachtet des verhaltenen Wirtschaftswachstums nach wie vor in einer soliden Grundverfassung. Die Anzahl der Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Deutschland ist gemäß den ersten amtlichen Schätzungen im Durchschnitt des Jahres 2013 um 233.000 auf 41,84 Millionen gestiegen. Die Beschäftigtenzahl legte sogar um 348.000 Menschen auf 29,27 Millionen zu. Das positive Gesamtbild wird allerdings etwas durch die Arbeitslosenzahl getrübt. Diese nahm im Jahresdurchschnitt um 53.000 auf 2,95 Millionen Menschen zu, was in erster Linie aus der Rückführung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen resultierte. Die Arbeitslosenquote ist deshalb gegenüber dem Vorjahr leicht um 0,1 Prozentpunkte auf 6,9 Prozent gestiegen.

Die Verbraucherpreise wurden 2013 im Mittel um 1,5 Prozent erhöht. Teuerungstreibend wirkten sich vor allem die Nahrungsmittelpreise aus, die vor dem Hintergrund der witterungsbedingten Ernteauffälle insbesondere in den Sommermonaten spürbar angehoben wurden. Im Jahresdurchschnitt sind die Preise für Nahrungsmittel um 4,4 Prozent gestiegen. Auch für Haushaltsenergie wie Strom und Gas mussten die Verbraucher deutlich mehr Geld aufwenden (+4,1 Prozent).

Die europäische Staatsschuldenkrise hat in 2013 an Schärfe verloren, die anderthalb Jahre dauernde Rezession konnte überwunden werden. An den Finanzmärkten und in der Wirtschaft stieg das Vertrauen in eine allmähliche Erholung der Konjunktur des Euroraums und eine schrittweise Überwindung der Staatsschuldenkrise. So verließ Irland Ende des Jahres den Rettungsschirm von EU und IWF.

Vor dem Hintergrund des niedrigen Preisdrucks sowie der mäßigen Konjunkturbelebung im Währungsraum verschärfte die Europäische Zentralbank (EZB) ihre Niedrigzinspolitik in 2013, indem sie zwei weitere Male an der Zinsschraube drehte. So senkte der Rat der EZB den Leitzins für den Euroraum im Mai und im November 2013 um jeweils einen Viertelprozentpunkt auf 0,25 Prozent. Der Hauptrefinanzierungssatz fiel damit auf den niedrigsten Stand seit Einführung des Euros.

Am europäischen Rentenmarkt hat sich die Lage im Zuge der wirtschaftlichen Erholung in 2013 entspannt. Ende 2013 lag die Rendite von Bundesanleihen mit zehnjähriger Restlaufzeit bei 1,94 Prozent. Das waren 64 Basispunkte mehr als zum Jahresultimo 2012.

Die europäische Gemeinschaftswährung war im vergangenen Jahr ein Gradmesser der ökonomischen Verhältnisse im europäischen Währungsraum. Im März 2013 drückte die Eskalation der Schieflage der Banken in Zypern als Spätfolge der Griechenlandkrise den Euro deutlich unter die Marke von 1,30 US-Dollar. In der zweiten Jahreshälfte stärkten die sich bessernden Aussichten für die Wirtschaft des Euroraums die Position des Euro gegenüber dem US-Dollar und profitierte darüber hinaus vom US-Budgetstreit in Verbindung mit spürbaren Verunsicherungen über die weitere Entwicklung der US-Wirtschaft. Am Ende des Jahres lag der Euro-Dollar-Kurs bei 1,379 US-Dollar.

Das vergangene Jahr verlief für den Deutschen Aktienindex (DAX) ausgesprochen erfolgreich. Der DAX zeigte dabei vor allem im letzten Jahresquartal 2013 keine Höhenangst und kletterte in dieser Zeit von einem Allzeithoch zum nächsten. Zum Ende des Jahres lag der DAX bei einem Punktestand von 9.552 Zählern. Das waren 25 Prozent mehr als zum Vorjahresultimo.

Wirtschaftliche Entwicklung in der Region Stuttgart

Nach einem Abschwächen des Konjunkturverlaufs über den Jahreswechsel 2012/2013 hinein in das Frühjahr hat sich die wirtschaftliche Entwicklung in der gesamten Region Stuttgart wieder stabilisiert. Die Unternehmen haben sich seit dem Frühsommer erfolgreich gegen eine weitere konjunkturelle Talfahrt gestemmt, so dass bis zum Jahresende von einer Konjunkturerholung gesprochen werden kann. Vor allem vor dem Hintergrund der sich nach und nach stabilisierenden Wirtschaftslage im Euroraum, dem Überwinden der Haushaltskrise in den Vereinigten Staaten und positiven Signalen aus den Schwellenländern und dem asiatischen Raum entspannte sich bei vielen Industrieunternehmen die gesamtwirtschaftliche Situation. Der Einzelhandel gab nach einer leichten konjunkturellen Delle im Frühsommer wieder positive Prognosen ab. In der Bau- und Dienstleistungsbranche stabilisierte sich in 2013 auch der positive Trend. Das Kaufverhalten der privaten Konsumenten kam nach einem langen Winter im Sommer in Schwung und führte auf Grund allgemein stabiler Beschäftigungsverhältnisse und positiver Einkommensentwicklungen zu steigenden Kaufumsätzen. Die Arbeitslosenquote im Landkreis Böblingen lag z.B. bei 3,5 Prozent und damit deutlich unter dem Durchschnitt der Region Stuttgart (4,0 Prozent) und dem des Landes Baden-Württemberg (3,9 Prozent).

Kreditgenossenschaften in Baden-Württemberg

Im Laufe des Jahres 2013 haben die Genossenschaftsbanken in Baden-Württemberg einen Bilanzsummenzuwachs von 2,0 Prozent von 133 Mrd. EUR auf 136 Mrd. EUR erzielen können. Im Vorjahr betrug die Wachstumsrate 3,1 Prozent. Das bilanzielle Kundenkreditvolumen konnte in 2013 um 4,6 Prozent auf 78,7 Mrd. EUR (Vorjahr: 75,2 Mrd. EUR) gesteigert werden. Die bilanziellen Kundeneinlagen verzeichneten einen Anstieg von 2,0 Prozent auf 101,7 Mrd. EUR (Vorjahr: 98,8 Mrd. EUR).

2. Entwicklung der Vereinigten Volksbank AG

Die Gesamtwirtschaftliche Entwicklung und damit verbunden die Veränderung der Zinsstrukturkurve sowie die unverändert hohe Wettbewerbssituation haben das Ergebnis des Geschäftsjahres 2013 beeinflusst.

Bei den Kundenkrediten konnten die für 2013 geplanten Zuwachsraten erreicht werden. Bei den Kundeneinlagen haben wir die geplanten Wachstumsziele nicht erreicht.

Die Vereinigte Volksbank AG profitierte auch in 2013 von der Zinsstrukturkurve und nutzte die damit verbundene Möglichkeit, kurzfristige Liquidität am Geldmarkt aufzunehmen und in überwiegend mittelfristigen Anlagen zu investieren. Es wurde ein Zinsüberschuss erzielt, der leicht über dem Planwert für 2013 liegt. Beim Provisionsüberschuss wird die Zielgröße für 2013 nicht erreicht.

Sowohl die Personalaufwendungen als auch die anderen Verwaltungsaufwendungen konnten gegenüber 2012 reduziert werden. Das Bewertungsergebnis aus Kundenkrediten und Wertpapieren bewegt sich nahezu auf Vorjahresniveau. So wird insgesamt ein Betriebsergebnis erzielt, welches den für 2013 prognostizierten Wert leicht unterschreitet.

	Berichtsjahr T €	2012 T €	2011 T €	2010 T €	2009 T €
Bilanzsumme	2.504.806	2.470.359	2.253.748	2.337.796	2.426.128
Außerbilanzielle Geschäfte ^{*)}	179.173	139.562	164.866	130.066	103.746

*) Hierunter fallen die Posten unter dem Bilanzstrich 1 (Eventualverbindlichkeiten), 2 (Andere Verpflichtungen) ohne Derivatgeschäfte.

Die Bilanzsumme der Vereinigten Volksbank AG ist im Berichtsjahr um 1,4 Prozent angestiegen. Die Erhöhung resultiert auf der Aktivseite aus dem Anstieg der Kundenforderungen und dem Kauf von Wertpapieren zur Gestaltung der Fristentransformation. Im Gegenzug sind auf der Passivseite neben kurzfristigen Refinanzierungen im Rahmen von Wertpapierpensionsgeschäften und einem Offenmarktgeschäft mit der Deutschen Bundesbank langfristige Refinanzierungen über die genossenschaftliche Zentralbank, DZ Bank AG, Frankfurt, enthalten. Die Kundeneinlagen haben sich reduziert. Bei den außerbilanziellen Geschäften ist ein Anstieg der unwiderruflichen Kreditzusagen im Kundenkreditgeschäft und ein leichter Rückgang der Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungen zu verzeichnen.

	Berichtsjahr T €	2012 T €	2011 T €	2010 T €	2009 T €
Aktivgeschäft					
Kundenforderungen	1.490.390	1.442.220	1.353.472	1.365.041	1.358.629
Wertpapieranlagen	784.640	761.449	586.794	729.014	827.708
Forderungen an Kreditinstitute	76.520	115.703	157.736	69.288	53.129

Die bilanziellen Kundenforderungen sind im Berichtsjahr um 48,2 Mio. EUR (+3,3 Prozent) gestiegen. Der Schwerpunkt der Kreditnachfrage lag auf Grund des anhaltend niedrigen Zinsniveaus wie im Vorjahr bei langfristigen Finanzierungen für den privaten Wohnungsbau. Die Zuwächse bei den Krediten an die Firmenkunden stammen überwiegend aus Unternehmensfinanzierungen des regionalen Mittelstandes.

Die Anlagen in Wertpapieren haben sich im Berichtsjahr durch Zukauf von Wertpapieren um 23,2 Mio. EUR (+3,0 Prozent) erhöht. Die Mittel für die Anlagen in Wertpapieren stammen aus Refinanzierungen am Geld- und Kapitalmarkt.

Die Forderungen an Kreditinstitute verringerten sich im Berichtsjahr um 39,2 Mio. EUR (-33,9 Prozent). Am Bilanzstichtag waren 31,1 Mio. EUR bei unserer Zentralbank, DZ Bank AG Frankfurt, angelegt. Die weiteren Geldanlagen entfallen auf andere inländische Kreditinstitute.

	Berichtsjahr T €	2012 T €	2011 T €	2010 T €	2009 T €
Passivgeschäft					
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	633.457	550.710	398.233	534.480	590.699
Kundengelder	1.671.905	1.720.203	1.644.462	1.572.327	1.570.037
Spareinlagen	479.233	441.431	420.575	429.910	353.957
täglich fällige Einlagen	1.039.944	984.493	893.064	900.022	917.450
Einlagen mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	152.728	294.279	330.823	242.395	298.630
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	469	3.221	13.743	49.560
Nachrangige Verbindlichkeiten	10.801	11.718	19.611	25.799	27.252

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind im Berichtsjahr um 82,7 Mio. EUR (+15,0 Prozent) angestiegen. Diese Bilanzposition beinhaltet neben einem Offenmarktgeschäft mit der Deutschen Bundesbank in Höhe von ca. 90 Mio. EUR auch Wertpapierpensionsgeschäfte. Diese wurden in Höhe von ca. 245 Mio. EUR mit der Zentralbank, DZ Bank AG, Frankfurt, und in Höhe von ca. 10 Mio. EUR mit anderen inländischen Kreditinstituten abgeschlossen. Mit diesen kurzfristigen Refinanzierungen wurde das Dispositionsgeschäft zur Erzielung von Erträgen aus der Fristentransformation aktiv betrieben. Desweiteren sind in dieser Bilanzposition neu aufgenommene langfristige Refinanzierungen bei der Zentralbank, DZ Bank AG, Frankfurt, in Höhe von ca. 50 Mio. EUR zur Steuerung der Zinsänderungsrisiken enthalten.

Bei den Kundengeldern verzeichnen wir im Berichtsjahr insgesamt einen Rückgang von 48,3 Mio. EUR (-2,8 Prozent). Der Bestand der Spareinlagen konnte insgesamt um 37,8 Mio. EUR (+8,6 Prozent) gesteigert werden. Die täglich fälligen Einlagen haben sich um 55,5 Mio. EUR (+5,6 Prozent) erhöht, die Einlagen mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist haben sich im Gegenzug um 141,6 Mio. EUR (-48,1 Prozent) reduziert. Bei den verbrieften Verbindlichkeiten weisen wir nach letzten endfälligen Emissionen in 2013 keinen Bestand mehr aus. Bei den nachrangigen Verbindlichkeiten handelt es sich um Einlagen von institutionellen Anlegern. Diese sind durch Endfälligkeiten in 2013 gegenüber dem Vorjahr leicht rückläufig. Vom Gesamtbetrag der bilanziellen Kundeneinlagen entfallen ca. 84 Prozent auf Privatpersonen und ca. 12 Prozent auf Unternehmen.

Dienstleistungsgeschäft	Berichtsjahr T €	2012 T €	2011 T €	2010 T €	2009 T €
Erträge aus Wertpapierdienstleistungs- und Depotgeschäften	6.648	5.899	6.337	6.463	7.154
Vermittlungserträge	5.429	5.369	5.276	5.424	4.430
Immobiliengeschäft	1.768	1.389	1.568	1.688	1.370
Versicherungsgeschäft	1.487	1.808	1.528	1.601	1.408
Bauspargeschäft	1.322	1.261	1.287	1.159	812
Kreditvermittlungsgeschäft	773	797	757	700	589
Erträge aus Zahlungsverkehr	7.077	7.034	7.077	7.438	7.289

Die Provisionserträge aus dem Dienstleistungsgeschäft konnten im Berichtsjahr insgesamt gesteigert werden. Damit wurden die für 2013 gesteckten Ziele weitgehend erreicht. Insbesondere bei den Erträgen aus dem Wertpapierdienstleistungsgeschäft und der Vermittlung von Immobilien ist ein Anstieg zu verzeichnen. Die Erträge aus dem Versicherungsgeschäft fallen im Gegenzug geringer als im Vorjahr und als geplant aus. Aus der Vermittlung von Bausparverträgen konnten etwas höhere Erträge als in 2012 erzielt werden. Die Erträge aus dem Kreditvermittlungsgeschäft sowie die Erträge aus dem Zahlungsverkehr und der Kontoführung erreichen nahezu den Vorjahreswert.

Investitionen

Im Oktober 2012 erfolgte im Aufsichtsrat die Beschlussfassung, die Hauptstelle in Böblingen, Stadtgrabenstraße 15, in der Flächennutzung zu optimieren und zu modernisieren. Die Flächenoptimierung ermöglicht die Zentralisierung aller Backoffice-Bereiche in der Hauptstelle in Böblingen. Der Baubeginn erfolgte im Frühjahr 2013 und die Baufertigstellung ist für den Sommer 2015 vorgesehen. Die damit im Zusammenhang stehende Verlegung und Neugestaltung der Kundenhalle wurde planmäßig durchgeführt. Die Eröffnung der neuen Kundenhalle fand am 16.12.2013 statt. Für die dazugehörigen Umbaumaßnahmen wurden ca. 2,4 Mio. EUR investiert.

Unsere Filiale Althengstett wurde nach ca. 2-jähriger Bauzeit im Februar 2013 eröffnet. Die Kosten für den Neubau betragen ca. 1,1 Mio. EUR.

Weitere Investitionen beziehen sich in 2013 auf den Umbau der SB-Zone in unserer Filiale in Calw mit 54 TEUR und auf technisch bedingten Austausch von SB-Geräten in einigen Filialen mit 171 TEUR.

Personal- und Sozialbereich

Zum 31. Dezember 2013 waren 354 Vollzeitbeschäftigte, 135 Teilzeitbeschäftigte, 2 Aushilfen und 33 Auszubildende für die Vereinigte Volksbank AG tätig (davon 58,2 Prozent weiblich und 41,8 Prozent männlich).

Zum Jahresende 2013 befanden sich 29 Mitarbeiter/innen in Elternzeit.

Die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit aller Mitarbeiter beträgt 16,03 Jahre. Das Durchschnittsalter liegt bei 43 Jahren.

2013 hatten wir neben dem Wechsel von 12 Mitarbeiterinnen in die Elternzeit, eine Fluktuation von 24 aktiven Mitarbeiter/innen, was einer Quote von 4,91 Prozent entspricht.

Die Vereinigte Volksbank AG ist nach wie vor eine sehr gute Adresse in Sachen Ausbildung. Trotz Bankenkrise sind wir bei den jungen Leuten als Ausbildungsunternehmen immer noch sehr gefragt.

13 jungen Menschen konnten wir einen Ausbildungsplatz für 2014 anbieten (6 Finanzassistenten, 3 DH-Studenten und 4 Bankkaufleute). 65 Schülern ermöglichten wir im Rahmen eines Praktikums einen Einsatz und erste Einblicke in das Berufsleben eines Bankers in unserem Hause.

14 Auszubildende haben 2013 die Ausbildung in unserem Haus erfolgreich begonnen. Insgesamt absolvieren derzeit 33 Auszubildende ihre Ausbildung bei uns.

Im Jahr 2013 bildeten wir unsere Mitarbeiter/innen an 1.279 Schulungstagen (davon 477 interne, 460 externe und 342 online Schulungstage) weiter. Für Aus- und Weiterbildung wurden insgesamt 224.082 EUR aufgewendet.

Sonstige wichtige Vorgänge im Geschäftsjahr

– Keine –

II. Darstellung der Lage sowie der Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Vereinigten Volksbank AG

1. Gesamtbanksteuerung, Risikomanagement

Ziele und Strategien

Die Risikostrategie beruht auf einer kontinuierlichen Identifikation, Messung und Überwachung der Risiken aus allen Geschäftsaktivitäten und einer ständigen Risiko-, Ertrags- und Produktivitätssteuerung. Mit Hilfe von Kennzahlen- und Limitsystemen planen und steuern wir die Entwicklung unseres Instituts. Der Begrenzung der Risiken aus unserer Geschäftstätigkeit messen wir besondere Bedeutung bei. Das Risikomanagement zur Früherkennung von Risiken ist im Bankgeschäft von erheblicher Bedeutung. Die Bank versteht dies als eine zentrale Aufgabe. Die hierfür zuständigen Organisationseinheiten berichten direkt dem Vorstand.

Nach § 25a Abs. 1 KWG werden von jedem Kreditinstitut geeignete Regelungen zur Steuerung, Überwachung und Kontrolle von Risiken gefordert. Einbezogen sind auch angemessene Regelungen, anhand derer sich die finanzielle Lage eines Kreditinstitutes jederzeit mit hinreichender Genauigkeit bestimmen lässt. Die für die Vereinigte Volksbank AG definierte ertrags- und risikoorientierte Banksteuerung steht im Einklang mit den gesetzlichen Anforderungen.

Organisation des Risikomanagements

Um das Risikosteuerungssystem transparent und nachvollziehbar zu gestalten sowie den gesetzlichen Anforderungen gerecht zu werden, besteht ein so genanntes Risikohandbuch für alle Steuerungsmechanismen. Dieses Handbuch ist zentraler Punkt des Risikomanagements und beschreibt die Risiken innerhalb des Bankbetriebes. Gleichzeitig schließt das Risikohandbuch wichtige organisatorische Grundlagen wie Stellenbeschreibungen und Arbeitsanweisungen, Zuordnung der Verantwortlichkeiten und das Berichtswesen ein. Die Identifikation, Messung und Überwachung der Risiken erfolgt weitgehend zentralisiert unter Beachtung der funktionalen und organisatorischen Trennung in Markt und Marktfolge, welche im Geschäftsverteilungsplan des Vorstandes ebenfalls Berücksichtigung findet.

Das Kreditrisikomanagement, d. h. die Steuerung und Überwachung der Kreditrisiken nach den Grundsätzen und Leitlinien der Kreditpolitik des Vorstandes, ist im Team Kreditrisikomanagement angesiedelt.

Ausgangspunkt für die Risikosteuerung ist die Berechnung der Risikodeckungsmasse auf Basis der operativen Plandaten und der erwarteten Geschäftsentwicklung der Vereinigten Volksbank AG. Die maximale Risikodeckungsmasse zur Abdeckung möglicher eintretender Risiken wird nach abgestuften Risikoszenarien berechnet. Im Standardszenario basiert es vor allem auf dem laufenden Betriebsergebnis unter Einbeziehung von angemessenen Teilen des ökonomischen Eigenkapitals.

Das Steuerungssystem beruht auf den aktuellen EDV-technisch unterstützten und im Gebiet des Baden-Württembergischen Genossenschaftsverbandes umsetzbaren Steuerungskomponenten. Zusätzlich werden insbesondere bankindividuelle und selbstentwickelte Steuerungsinstrumente angewandt.

Das Steuerungssystem wird laufend weiterentwickelt. Anpassungen an verbesserte Methoden und gesetzliche Anforderungen werden regelmäßig vorgenommen.

Durch Funktionstrennungen in den Arbeitsabläufen und die Tätigkeit unserer funktionsfähigen internen Revision haben wir die Zuverlässigkeit der Steuerungsinformationen aus der ordnungsgemäßen Geschäftsabwicklung sichergestellt. Die interne Revision arbeitet im Auftrag des Gesamt-

vorstandes als prozessunabhängige Abteilung mit dem Ziel, die Funktionsfähigkeit des internen Kontrollsystems und aller Arbeitsabläufe zu überwachen. Dadurch trägt sie auch zur Vermeidung von Vermögensverlusten bei. Hierbei werden die Regelungen der Bankenaufsicht über die "Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk)" beachtet.

Risiken können in allen Unternehmensbereichen auftreten. Infolgedessen werden sämtliche Geschäfte und Prozesse regelmäßig dahingehend untersucht, ob und in welchem Umfang Risiken vorhanden sind.

Alle an der Durchführung des Risikomanagements beteiligten Mitarbeiter verfügen über entsprechende Qualifikationen und werden laufend geschult.

Der Gesamtvorstand ist für ein dem Umfang, der Komplexität und dem Risikogehalt der betriebenen oder beabsichtigten Geschäfte der Vereinigten Volksbank AG entsprechendes funktionsfähiges Risikomanagement verantwortlich. Der Vorstand unterrichtet den Aufsichtsrat in einem festgelegten Turnus und bei wichtigem Anlass unverzüglich über die geschäftliche Entwicklung, insbesondere im Hinblick auf etwaige Risiken.

Umgesetzte und geplante Veränderungen

Durch die Umsetzung des bundesweiten Konzepts "VR Control" werden die Instrumente zur Risikomes- sung und Risikosteuerung ständig weiterentwickelt.

Am 14.12.2012 wurde von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht erneut eine über- arbeitete Fassung der MaRisk veröffentlicht. Die für die Vereinigte Volksbank AG daraus entstandenen erforderlichen Anpassungen wurden in 2013 fristgerecht umgesetzt.

Im Rahmen einer aufsichtsrechtlichen Konkretisierung der MaRisk im Bereich der operationellen IT-Risiken sind die Banken aufgefordert, eine differenzierte Berücksichtigung von IT-Risiken im opera- tionellen Risikomanagement vorzunehmen. Dies umfasst die Erfüllung angemessener Sicherheits- und Schutzanforderungen, welche über den Schutz von Kundendaten hinausgehen und z.B. interne Prozesse und deren IT-Anwendungen betreffen. Die systematische Überprüfung dieser umfangreichen Anforderungen wurde in 2012 begonnen und wurde in 2013 abgeschlossen.

Im Dezember 2010 hat der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht unter dem Arbeitstitel Basel III eine umfassende Überarbeitung des aufsichtsrechtlichen Rahmens verabschiedet. Diese sind laut Mitteilung der EU-Kommission am 17.07.2013 in Kraft getreten, wobei die neuen Regeln zur Ermittlung der angemessenen Kapitalausstattung und der Liquiditätsverordnung ab 01.01.2014 anzuwenden sind. Mit den für die Vereinigte Volksbank AG daraus entstehenden erforderlichen Anpassungen wurde bereits in 2013 begonnen und in 2014 fristgerecht umgesetzt.

Zur Sicherung der Erträge des wirtschaftlichen Eigenkapitals in der Zukunft sind in den kommenden Jahren Direktinvestitionen in nicht eigengenutzte Immobilien vorgesehen. Mit den Direktinvestitionen wurde im Jahr 2013 durch den Kauf eines wohnwirtschaftlich genutzten Objekts mit Standort Holzgerlingen begonnen.

Steuerung und Überwachung der Risiken

Zur Steuerung und Überwachung der Risiken besteht ein geschlossenes Limitsystem, bei dem eine angemessene Verlustobergrenze im Standard-Szenario aus dem voraussichtlichen Betriebsergebnis und geringen Teilen des ökonomischen Eigenkapitals abgeleitet wird. Bei der Ermittlung der Risiko- deckungsmasse für Stress-Szenarien werden höhere Teile des ökonomischen Eigenkapitals berücksichtigt. Die Risikodeckungsmasse wird auf die vorhandenen Risiken aufgeteilt, innerhalb des Standard-Szenarios sind für das Jahr 2013 den Adressenausfallrisiken 42 Prozent, den Marktpreisrisiken 51 Prozent, den Vertriebsrisiken 5 Prozent und den operationellen Risiken 2 Prozent zugeordnet.

Darüber hinaus bestehen umfangreiche Strukturlimite, um Risikokonzentrationen vorzubeugen. Diese Limite werden regelmäßig auf ihre Aussagekraft hin geprüft.

Adressenausfallrisiko

Das Adressenausfallrisiko umfasst das Risiko, dass ein Geschäftspartner seinen Verpflichtungen nicht nachkommt.

Das Adressenausfallrisiko wird aufsichtsrechtlich durch die SolvV und die Großkreditvorschriften quantitativ begrenzt. Darüber hinaus haben wir Instrumente im Einsatz, die der risikoorientierten Kreditbeurteilung dienen. Im Firmenkundengeschäft setzen wir – neben der maschinellen Bilanzanalyse – ein EDV-gestütztes Rating ein, das mit Hilfe von Bonitätsmerkmalen die Firmen in Risikoklassen einteilt, wodurch ungünstige Entwicklungen im Kreditportfolio erkannt werden können. Im Privatkundengeschäft wird mit Hilfe des „VR Rating Privatkunden“ ähnlich vorgegangen. Zur Steuerung der Eigenanlagen greifen wir auf externe Ratings renommierter Ratinggesellschaften zurück. Das Adressenausfallrisiko wird zum Einen anhand von permanenten Betrachtungen der Einzelengagements (Fortschreibung der identifizierten Risiken) und zum Anderen über die mathematische Ermittlung der erwarteten und unerwarteten Verluste auf Basis der aktuellen Kreditportfoliostruktur und durch die vom Bundesverband der Volks- und Raiffeisenbanken ermittelten Ausfallwahrscheinlichkeiten überwacht und gesteuert.

Aus dem Kundenkreditgeschäft und den Eigenanlagen ergibt sich aus dem kalkulatorischen Risiko eine Limitauslastung im Standard-Szenario zum Bilanzstichtag von ca. 69 Prozent bei einer angenommenen Haltedauer von 250 Tagen.

Die Portfolioanalysen bezüglich Branchen, Größen und Ländern ergeben keine bemerkenswerten Risiken. Bei Überschreitung einzelner Limite ist die gezielte Rückführung fester Bestandteil unserer Kreditstrategie. Die Steuerung der Adressenausfallrisiken erfolgt durch den Vorstand in der Kreditportfoliomanagementgruppe.

Die Bank beschränkt sich beim Kauf von Wertpapieren auf solche mit guten Bonitätseinstufungen externer Ratingagenturen und überprüft diese soweit als möglich durch eigene Einschätzungen. Bei einem Downgrade der Ratingeinstufungen durch international anerkannte Ratingagenturen erfolgt eine emittentenbezogene Entscheidung über die Beibehaltung der Anlage.

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko umfasst die mögliche Zahlungsunfähigkeit eines Unternehmens. Wesentliche Liquiditätsrisiken sind das Refinanzierungsrisiko sowie die Termin- und die Abruf Risiken.

Das Liquiditätsrisiko wird durch die aufsichtsrechtliche Liquiditätskennzahl begrenzt. Die Liquiditätskennzahl gemäß § 2 Abs. 1 Liquiditätsverordnung (LiqV) muss nach aufsichtsrechtlicher Vorgabe mindestens eine Relation von 1,0 ausweisen. Diese wurde zu keinem Zeitpunkt unterschritten und lag 2013 durchschnittlich bei 1,82. Somit war die Zahlungsfähigkeit jederzeit gegeben.

Durch den in der genossenschaftlichen Gruppe installierten Liquiditätsausgleich ist das Liquiditätsrisiko im Normalfall als gering einzustufen. Da des Weiteren auf Grund von internen Richtlinien im Dispositionsgeschäft im Normalfall Geschäfte nur in Papieren mit ausreichender Liquidität und Bonität getätigt werden, ist das Risiko der unzureichenden Werthaltigkeit und Marktliquidität von untergeordneter Bedeutung.

Für den Stressfall werden durch Szenarioanalysen die Auswirkungen auf die Risikotragfähigkeit bezüglich einer evtl. entstehenden Liquiditätsunterdeckung ermittelt.

Marktpreisrisiko

Die Bank ist als Kreditinstitut, insbesondere aufgrund von bestehenden Inkongruenzen zwischen ihren aktiven und passiven Festzinspositionen, dem allgemeinen Zinsänderungsrisiko ausgesetzt.

Das allgemeine Zinsänderungsrisiko der Gesamtbank wird über das Verfahren der Zinselastizitätsbilanz für verschiedene Zinsszenarien mit einem Betrachtungszeitraum von 5 Jahren ermittelt und im Rahmen der Gesamtbanksteuerung berücksichtigt. Im Rahmen einer dynamischen Zinsrisikosteuerung auf Gesamtbankebene setzt die Vereinigte Volksbank AG verschiedene Zinssicherungsinstrumente ein. Hauptsächlich handelt es sich dabei um Geschäfte mit Zinsswaps und Zinsbegrenzungsvereinbarungen zur Steuerung der Zinsänderungsrisiken des Zinsbuches.

Parallel zur GuV-orientierten Steuerung wird eine barwertige Steuerung zur Messung des barwertigen Zinsänderungsrisikos des strategischen Zinsbuches eingesetzt. Neben den bankindividuellen Szenarien wird hiermit auch die von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) vorgegebene unerwartete Zinsänderung von ± 200 -Basispunkten gemessen. Das sich daraus ergebende Zinsänderungsrisiko beträgt zum 31.12.2013 20,51 Prozent der Eigenmittel nach § 10 KWG.

Bei den Anlagen in Fonds wird das Risiko anhand einer von der Fondsgesellschaft ermittelten Risikokennziffer berechnet. Basis der Risikokennziffer ist der Value at Risk (VaR). Dieses statistische Risikomaß beschreibt den Verlust, der im Standard-Szenario mit 95-prozentiger Wahrscheinlichkeit innerhalb einer bestimmten Haltedauer von mindestens 250 Tagen nicht überschritten wird. Eigenhandel im Sinne des aktiven Eingehens von Positionen mit der Zielsetzung, durch den kurzfristigen Wiederverkauf von erwarteten Preisänderungen zu profitieren, wird nur in einem eng begrenzten Umfang betrieben.

Bei den allgemeinen Zinsänderungsrisiken der Gesamtbank führt ein Anstieg des Zinsniveaus (Standard-Szenario paralleler Anstieg) in den beiden folgenden Geschäftsjahren zu einem Rückgang des Zinsüberschusses von bis zu 8 Prozent gegenüber einem konstanten Zinsniveau. Aufgrund der historisch niederen Zinsstrukturkurve ist für die nächsten beiden Jahren auch bei konstantem Zinsniveau mit einem Rückgang des Zinsüberschusses zu rechnen. Ursache sind die sukzessiv fälligen verzinslichen Kundendarlehen und Eigenanlagen. Deren Wiederanlage ist nur mit deutlich geringeren Zinssätzen möglich. Dieses Risiko liegt im Vergleich des Jahres 2015 mit 2013 bei etwa 6 Prozent.

Die Finanzinstrumente des Zinsbuchs (einschließlich derivativer Steuerungsinstrumente zur Zinsbuchsteuerung) werden im Rahmen einer Gesamtbetrachtung aller zinstragenden bilanziellen und außerbilanziellen Positionen des Bankbuchs nach Maßgabe von IDW RS BfA 3 verlustfrei bewertet. Hierbei werden die zinsinduzierten Barwerte den Buchwerten gegenübergestellt und von dem positiven Überschuss die Risiko- und Bestandsverwaltungskosten abgezogen. Für einen danach eventuell verbleibenden Verlustüberhang wäre eine Drohverlustrückstellung zu bilden. Nach dem Ergebnis der Berechnungen zum 31.12.2013 war keine Rückstellung zu bilden.

Zur Begrenzung von Marktpreisrisiken werden im Kundeninteresse getätigte derivative Geschäfte vollständig geschlossen.

Währungsrisiken bestehen nur in unbedeutendem Umfang. Wesentliche Währungspositionen wurden von der Vereinigten Volksbank AG geschlossen. Bei Bedarf schließt die Vereinigte Volksbank AG gegenläufige Devisentermingeschäfte ab.

Die Limitauslastung der Marktpreisrisiken im Standard-Szenario, die insbesondere die Risiken des Zinsbuchs und der Eigenanlagen beinhalten, beträgt zum Bilanzstichtag – bezogen auf eine Haltedauer von 250 Tagen – 63 Prozent.

Operationelle Risiken

Unter operationellen Risiken wird die Gefahr von Verlusten verstanden, die infolge Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder von externen Ereignissen eintreten. Das Management der operationellen Risiken setzt den Schwerpunkt auf regelmäßige Analyse und Identifikation der Schwachstellen zur Optimierung aller geschäftlichen Abläufe und Prozesse. Schadensfälle werden zur systematischen Erkennung von Schwachstellen in einer Schadensfalldatenbank erfasst und analysiert. Des Weiteren werden wesentliche Risikofelder mittels Durchführung einer so genannten Risikoinventur identifiziert. Hierbei werden Einschätzungen zu potenziellen Schadenshöhen und deren Eintrittswahrscheinlichkeit vorgenommen. Die Bank bemisst die Risiken aufsichtsrechtlich nach dem Basisindikatoransatz.

Vertriebsrisiken

Das Vertriebsrisiko beinhaltet die Gefahr, dass das geplante Kundengeschäftsergebnis nicht erreicht wird. Die Grundlage für die Beurteilung des Vertriebsrisikos bildet die auf Bestands- und Neugeschäft ausgerichtete Vertriebsplanung. Risiken können insbesondere durch nicht erreichte Neugeschäftsvolumen und Konditionsbeiträge im Kundengeschäft sowie einer Unterschreitung der Planergebnisse beim Provisionsüberschuss entstehen.

Sonstige Risiken

Sonstige Risiken ergeben sich aus konjunkturellen Entwicklungen oder aus der Gesetzgebung, aber auch aus strategischen Entscheidungen, der Nichteinhaltung von gesetzlichen Regelungen oder aus der Verwahrung von Vermögensgegenständen.

Diesen Risiken begegnen wir mit laufenden Investitionen in neue DV-Systeme über die von uns beauftragte Rechenzentrale und der ständigen Optimierung von Arbeitsabläufen.

Einem Rechtsrisiko wird durch die Verwendung der im Verbund entwickelten Formulare entgegen- gewirkt. Bei Rechtsstreitigkeiten binden wir rechtzeitig sowohl die eigene Rechtsabteilung als auch die Rechtsabteilung unseres Verbandes oder externe Rechtsanwaltskanzleien in die Abwicklung ein.

Risikotragfähigkeit – Gesamtbild der Risikolage

Die Verteilung der Verlustobergrenzen nach Risikoarten orientiert sich an der vorhandenen Risiko- deckungsmasse und den Risikostrukturen der Bank. Die Verlustobergrenzen sind in den Standard- Szenarien zum Bilanzstichtag mit 44 Prozent ausgelastet; bei einer durchgehenden Haltedauer von 250 Tagen läge die Auslastung bei 64 Prozent. Das GuV-Ergebnis liegt im Kundenkreditgeschäft wie im Vorjahr deutlich günstiger als die mittels mathematisch-statistischem Verfahren ermittelten erwarteten Verlustrisiken des Kundenkreditportfolios.

Bei den Kundenforderungen sind erkennbare Risiken ausreichend durch Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen abgedeckt. Im Eigengeschäft gibt es keine adressbedingten Risiken abzusichern. Marktpreisbedingten Kursrückgängen wurde durch entsprechende Abschreibungen in vollem Umfang Rechnung getragen.

Für latente Risiken ist ein ausreichendes Deckungspotenzial vorhanden. Darüber hinaus ist auch in den nächsten Jahren nachhaltig beabsichtigt, Teile des operativen Ergebnisses zur Stärkung der ökonomischen Eigenkapitalbasis heranzuziehen.

2. Vermögenslage

Das bilanzielle Eigenkapital sowie die Eigenmittelausstattung und Solvabilität gemäß § 10 KWG haben sich in den letzten 5 Jahren wie folgt entwickelt:

Eigenmittel, Solvabilität	Berichtsjahr T €	2012 T €	2011 T €	2010 T €	2009 T €
Eigenkapital laut Bilanz *)	162.197	158.189	166.201	170.014	170.123
Haftendes Eigenkapital	169.732	163.066	165.517	157.753	149.707
Eigenmittel	169.732	163.066	165.465	157.581	148.966
Solvabilitätskennziffer	12,5 %	12,3 %	13,2 %	13,2 %	13,3 %

*) Hierzu rechnen die Passivposten 9 (Nachrangige Verbindlichkeiten), 11 (Fonds für allgemeine Bankrisiken) und 12 (Eigenkapital).

Ein angemessenes haftendes Eigenkapital, auch als Bezugsgröße für eine Reihe von Aufsichtsnormen, bildet neben einer stets ausreichenden Liquidität die unverzichtbare Grundlage einer soliden Geschäftspolitik.

Die von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht nach den Bestimmungen des KWG aufgestellten Anforderungen über die Eigenmittelausstattung wurden von uns im Geschäftsjahr 2013 stets eingehalten.

Das Eigenkapital laut Bilanz hat sich im Berichtsjahr erhöht. Hierbei ist eine erneute Dotation des Fonds für allgemeine Bankrisiken berücksichtigt, wie auch die Reduzierung der nachrangigen Verbindlichkeiten durch planmäßige Endfälligkeiten in 2013.

Bei dem haftenden Eigenkapital und den Eigenmitteln konnten die in 2013 endfälligen Nachrangmittel durch die Zuführung von Eigenkapitalbestandteilen aus dem für das Geschäftsjahr 2012 festgestellten Jahresabschluss mehr als ausgeglichen werden.

Die Vereinigte Volksbank AG erfüllt bereits jetzt die angestiegenen und verschärften Eigenkapitalanforderungen, welche sich aus der Umsetzung von Basel III ab 01.01.2014 ergeben.

Kundenforderungen

Struktur und räumlicher Umfang unseres Geschäftsgebietes ermöglichen uns weiterhin eine ausgewogene branchen- und größenmäßige Streuung unserer Ausleihungen.

Sämtliche für die Kreditvergabe bestehenden Beschränkungen, insbesondere auch solche des Kreditwesengesetzes, wurden während des gesamten Berichtszeitraumes eingehalten.

Der Anteil der Forderungen an Kunden an der Bilanzsumme beträgt ca. 60 Prozent. Auf Kredite an Privatkunden entfallen hierbei ca. 67 Prozent und auf Kredite an Firmenkunden ca. 31 Prozent. Die Forderungen an unsere Kunden haben wir auch zum Jahresende 2013 wieder mit besonderer Vorsicht bewertet. Für erkennbare bzw. latente Risiken haben wir in angemessener Höhe Einzel- und Pauschalwertberichtigungen gebildet und von den entsprechenden Aktivposten abgesetzt.

Im Rahmen vorstehender Risikovorsorge nahmen wir in Vorjahren aufgrund der BGH-Rechtsprechung zu verbundenen Geschäften in Haustürsituationen eine außerordentliche Abschirmung von Klumpenrisiken aus der Finanzierung von Immobilienfondsanteilen vor. Nach eingehender Betrachtung der Rechtssituation und der Quantifizierung der betroffenen Engagements erweist sich diese Risikoabschirmung seit Jahren als stabil und gut ausreichend.

Durch unsere Liquiditätsplanung konnten wir allen vertretbaren und berechtigten Kreditwünschen unserer Kundschaft entsprechen.

Wertpapieranlagen

Die Anlagen in Wertpapieren betragen im Verhältnis zur Bilanzsumme ca. 31 Prozent. Der Bestand setzt sich hauptsächlich aus gedeckten Schuldverschreibungen, Anleihen öffentlicher Emittenten und staatsgarantierten Anleihen zusammen. Selektiv haben wir ungedeckte Schuldverschreibungen beigemischt. Der Bestand an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren wurde insgesamt durch Endfälligkeiten in 2013 um ca. 12 Mio. EUR reduziert. Im Wertpapierbestand enthalten ist auch ein in 2011 speziell für die Vereinigte Volksbank AG aufgelegter Dachspezialfonds. Bei diesem wurde das Investitionsvolumen in 2013 um ca. 37,2 Mio. EUR erhöht. Der Dachspezialfonds entspricht einem Spezial-Sondervermögen nach § 91 InvG und dient der Investition in verschiedene Anlageklassen (Asset-Allocation). Per Jahresende 2013 sind 224 Mio. EUR in den Fonds investiert, das entspricht ca. 29 Prozent des Gesamtbestandes an Wertpapieren. Bei allen Wertpapieren handelt es sich ausschließlich um Titel von Schuldner, die innerhalb des Investment-Grade-Bereichs geratet sind. Der Anteil von Investitionen in PIIGS-Staaten bzw. Emittenten in PIIGS-Staaten beträgt 3,5 Prozent des gesamten Wertpapierbestandes bzw. 1,1 Prozent der Bilanzsumme. Die Fälligkeitsstruktur der Wertpapiere ist breit gestreut, die Investitionen dienen der Sicherung des Zinsertrages und der Liquidität.

Alle im Bestand befindlichen Wertpapiere wurden analog der Vorjahre nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Eine Umwidmung von Wertpapieren ins Anlagevermögen zur gezielten Anwendung des gemilderten Niederstwertprinzips erfolgte nicht. Ein aktives Eigenhandelsgeschäft betreibt die Vereinigte Volksbank AG nur innerhalb der aufsichtsrechtlich festgelegten Bagatellgrenzen. Die Vereinigte Volksbank AG ist Nichthandelsbuchinstitut im Sinne von § 2 Absatz 11 KWG.

Die Wertpapieranlagen der Gesellschaft setzen sich wie folgt zusammen:

Wertpapieranlagen	Berichtsjahr T €	2012 T €	2011 T €	2010 T €	2009 T €
Anlagevermögen	248.114	281.491	366.626	427.316	488.427
Liquiditätsreserve	536.526	479.958	220.169	301.698	339.281

Derivatgeschäfte

Derivatgeschäfte sind in Form von Zinsswaps und Zinscaps vorhanden. Der Bestand sämtlicher derivativer Geschäfte im Eigeninteresse entfällt auf Sicherungsgeschäfte und Geschäfte zur Steuerung des Zinsbuchs. Derivative Geschäfte im Kundeninteresse werden nicht getätigt.

Währungsrisiko

Die Währungsgeschäfte sind insgesamt von untergeordneter Bedeutung, sie wurden im Berichtsjahr ausschließlich im Kundeninteresse getätigt.

Mitgliedschaft in der Sicherungseinrichtung des BVR

Die Vereinigte Volksbank AG ist der Sicherungseinrichtung (Garantieverbund des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V.) angeschlossen. Mit der Zugehörigkeit zum Garantieverbund und durch Abgabe einer Garantieerklärung hat die Bank eine Garantieverpflichtung gegenüber dem BVR übernommen.

3. Finanz- und Liquiditätslage

Die Finanz- und Liquiditätslage der Vereinigten Volksbank AG war in 2013 stets geordnet. Die gemäß §§ 10 und 11 KWG von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) bekannt gemachten „Grundsätze über das Eigenkapital und die Liquidität“ wurden im gesamten Berichtsjahr eingehalten.

Neben den Mitteln aus Kundeneinlagen und bestehenden Refinanzierungsmöglichkeiten bei unserer Zentralbank, der DZ BANK AG, Frankfurt, haben wir auch auf sonstige Refinanzierungsmöglichkeiten am Interbankenmarkt zurückgegriffen.

Unsere Kundeneinlagen unterliegen einer breiten Streuung. Überproportionale Großeinlagen und damit verbundene hohe Abruf Risiken bestehen nicht. Auch für die kommenden Jahre sind keine besonderen Liquiditätsrisiken zu erkennen.

4. Ertragslage

Die wesentlichen Erfolgskomponenten der Gesellschaft haben sich in den letzten 5 Jahren wie folgt entwickelt:

Erfolgskomponenten	Berichtsjahr T €	2012 T €	2011 T €	2010 T €	2009 T €
Zinsüberschuss ¹⁾	46.042	46.434	48.768	49.921	52.056
Provisionsüberschuss ²⁾	18.085	17.375	17.589	18.244	18.235
Handelsergebnis/Finanzergebnis	-21	13	-145	0	213
Verwaltungsaufwendungen	44.218	44.882	46.538	48.650	46.014
a) Personalaufwendungen	29.940	30.475	31.702	33.423	31.400
b) andere Verwaltungsaufwendungen	14.277	14.407	14.836	15.227	14.614
Betriebsergebnis vor Bewertung ³⁾	16.460	13.421	17.757	15.009	21.598
Bewertungsergebnis ⁴⁾	-2.661	-3.338	-6.458	-800	-10.948
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	13.799	10.082	11.299	14.209	10.651
Steueraufwand	5.965	5.567	4.476	8.955	5.644
Einstellungen in den Fonds für allgemeine Bankrisiken	4.325	1.000	5.075	1.000	0
Jahresüberschuss	3.509	3.515	1.748	4.007	5.006

1) GuV-Posten 1 abzüglich GuV-Posten 2 zuzüglich GuV-Posten 3

2) GuV-Posten 5 abzüglich GuV-Posten 6

3) Saldo aus den GuV-Posten 1 bis 12 sowie abzüglich GuV-Posten 17

4) Saldo aus den GuV-Posten 13 bis 16

Der ordentliche Zinsüberschuss ist gegenüber dem Vorjahr rückläufig. Neben dem wettbewerbsbedingten Margendruck bei den Kundenkrediten und den Kundeneinlagen ist der Zinsüberschuss durch das unverändert niedrige Zinsniveau beeinflusst. So erfolgten die Prolongationen von Kundenkrediten zu deutlich niedrigeren Zinssätzen und auch die Wiederanlage von fälligen Wertpapieren und Termineinlagen bei Banken im Rahmen der Eigenanlagen mit deutlich geringeren Durchschnittzinssätzen, so dass der Zinsertrag insgesamt zurückging. Bei den Kundeneinlagen führten die Zinsanpassungen zu einem Rückgang der Durchschnittsverzinsung. Der Zinsüberschuss 2013 enthält eine außerordentliche Position aus der vorzeitigen Beendigung eines derivativen Geschäftes. Diese Maßnahme kürzt das Zinsergebnis im Berichtsjahr und entlastet zugleich das Zinsergebnis im Folgejahr. Im Vorjahr wurden ebenfalls solche Maßnahmen zur Zinsbuchsteuerung vorgenommen. Im Zinsüberschuss sind auch in 2013 Strukturbeiträge aus dem Dispositionsgeschäft enthalten.

Der Provisionsüberschuss hat sich insgesamt gegenüber dem Vorjahr erhöht. Insbesondere die Erträge aus der Wertpapiervermittlung und der Vermittlung von Immobilien konnten in 2013 gesteigert werden. Die Erträge aus der Vermittlung von Bausparverträgen sind leicht angestiegen. Die Erträge aus dem Zahlungsverkehr und der Kontoführung, sowie dem Kreditvermittlungsgeschäft erreichen den Wert aus 2012. Die Erträge aus der Vermittlung von Versicherungen haben sich 2013 reduziert.

Die Personalaufwendungen haben sich im Berichtsjahr gegenüber 2012 um ca. 0,6 Mio. EUR reduziert. Trotz Kostensteigerungen aus der tariflichen Anpassung der Gehälter und Einmalaufwendungen im Rahmen der betrieblichen Altersvorsorge führte eine nahezu ausschließlich interne Wiederbesetzung vakanter Stellen sowie eine geringere Bemessung der erfolgsorientierten Bezahlung unserer Mitarbeiter zu einer Reduzierung der Personalaufwendungen.

Die anderen Verwaltungsaufwendungen konnten in 2013 gegenüber dem Vorjahr ebenfalls insgesamt leicht reduziert werden. Aus dem normalen Geschäftsbetrieb ergeben sich in 2013 Rückgänge bei den Aufwendungen für Porto und Telefon sowie den Aufwendungen für Beratungsdienstleistungen und Werbung. Die Aufwendungen für Bürobedarf sind im Berichtsjahr gesunken, in 2012 sind hier die Kosten für eine neue Kreditkartenausstattung berücksichtigt.

Aus den in 2013 stattgefundenen Umbaumaßnahmen der Hauptstelle Böblingen ist die Verbuchung von Erhaltungsaufwendungen enthalten. Im Vorjahr wurde zu Lasten der anderen Verwaltungsaufwendungen im Zusammenhang mit dem Umbau der Hauptstelle Böblingen bereits eine Rückstellung für Abbruchkosten verbucht.

Im Bereich der Mietaufwendungen sind die Kosten für die Belegung von Interimsflächen in Böblingen während der Umbauphase in der Hauptstelle Böblingen, Stadtgrabenstraße 15 enthalten. Ebenso enthalten sind Mietaufwendungen für die Hauptstelle Sindelfingen, Gartenstraße 14, welche im Vorjahr an die Stadt Sindelfingen verkauft wurde. Die Dauer des Mietvertrages mit der Stadt Sindelfingen ist an den Zeitraum der Umbaumaßnahmen der Hauptstelle Böblingen gekoppelt.

Die Abschreibungen auf Sachanlagen haben sich in 2013 gegenüber dem Vorjahr insgesamt verringert. Neben den planmäßigen Abschreibungen für alle im Bestand befindlichen Objekte sind bei zwei Bestandsobjekten Buchwertanpassungen an aktuelle Marktwerte berücksichtigt sowie ein zweiter Teilbetrag zur Anpassung der Abschreibung des Gebäudes der Hauptstelle in Böblingen an die geänderte Restnutzungsdauer in Folge des teilweisen Rückbaus der Altsubstanz. Die Abschreibungen auf Sachanlagen des Vorjahres enthalten als Sondereffekt bereits einen ersten Teilbetrag zur Anpassung der Gebäudeabschreibung des Gebäudes der Hauptstelle in Böblingen. Ohne diese Sondereffekte hätten sich die Abschreibungen in den Jahren 2012 und 2013 nicht wesentlich verändert.

Das Bewertungsergebnis entspricht dem des Vorjahres. Bei der Bewertung des Kundenkreditgeschäftes in 2013 ergibt sich aus den Zuführungen zu Einzelwertberichtigungen auf Kundenforderungen und den Auflösungen von Einzelwertberichtigungen auf Kundenforderungen wie im Vorjahr ein positiver Saldo. Eine Dotierung der Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB ist erneut enthalten. Der gesamte Wertpapierbestand wurde auch in 2013 nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Das Ergebnis der Bewertung der Wertpapiere in 2013 ist stark beeinflusst von der Entwicklung des Zinsniveaus und enthält daher vor allem zinsinduzierte Abschreibungen auf Wertpapiere und wegen Über-pari-Erwerben auch Einlösungsverluste.

5. Zusammenfassende Beurteilung der Lage

Mit der geschäftlichen Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Vereinigten Volksbank AG sind wir insgesamt zufrieden.

In 2013 haben wir vorhandene Marktchancen konsequent genutzt. Bei den bilanziellen Kundenkrediten haben wir das Kundenkreditvolumen zum einen durch eine aktive Positionierung im Firmenkundengeschäft ausbauen können. Zum anderen konnten wir durch die veränderte hohe Nachfrage an Wohnbaufinanzierungen im Privatkundengeschäft erfreuliche Entwicklungen verzeichnen. So ist es uns gelungen, die für 2013 geplanten Wachstumsziele für das Kreditgeschäft zu erreichen.

Bei den bilanziellen Kundeneinlagen wurden die Gelder wie auch schon in den Vorjahren häufig kurzfristig angelegt. Umschichtungen von Kundengeldern in fondsgebundene Geldanlagen zum Ausgleich der Inflationsrate und auch die hohe Konsumbereitschaft der Privatkunden bedingten eine Reduzierung der bilanziellen Kundeneinlagen. Zudem führte der intensive Wettbewerb um die

Kundengelder, insbesondere durch teilweise aggressive Konditionsgestaltungen einiger Direktbanken, zu einem teilweisen Abfluss von Kundeneinlagen. So haben wir die Wachstumsziele bei den Einlagen für 2013 nicht vollständig erreicht.

Der Zinsüberschuss hat sich in Folge des weiterhin niedrigen Zinsniveaus und dem anhaltenden Margendruck aus dem stetigen Vergleich mit Wettbewerbern in 2013 erwartungsgemäß reduziert.

Aus dem Dispositionsgeschäft haben wir auch in 2013 einen positiven Ergebnisbeitrag generiert.

Der Provisionsüberschuss konnte gegenüber dem Vorjahr insbesondere durch die Vermittlung von Wertpapieren und Immobilien gesteigert werden.

Die Personalaufwendungen konnten gegenüber dem Vorjahr nochmals reduziert werden. Die anderen Verwaltungsaufwendungen haben sich unter Eliminierung der in 2012 durchgeführten außerordentlichen Maßnahmen und der in 2013 im Zusammenhang mit den Umbaumaßnahmen in der Hauptstelle Böblingen berücksichtigten Erhaltungsaufwendungen im Berichtsjahr leicht verringert.

Mit dem Bewertungsergebnis sind wir zufrieden. Die Bewertung unserer Kundenkredite ist auf Grund einer vorsichtigen und erfolgreichen Kreditpolitik positiv ausgefallen. Das Ergebnis der Bewertung unseres Wertpapierbestandes ist das Spiegelbild einer aktiven und zugleich umsichtigen Anlagepolitik.

Das insgesamt gute Ergebnis ermöglicht es uns, im Jahresabschluss per 31.12.2013 Aufwandspositionen aus den Umbaumaßnahmen der Hauptstelle Böblingen und andere außerordentliche Faktoren zu berücksichtigen, die in 2014 und den Folgejahren zu einer Entlastung des Jahresergebnisses führen.

Das Ergebnis nach Ertragsteuern ermöglicht uns die Zahlung einer Dividende an unsere Aktionäre auf Vorjahresniveau und eine erneute Dotierung der Reserven nach § 340f HGB. Zur Stärkung unseres bilanziellen und aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals haben wir zudem eine Einstellung in den Fonds für allgemeine Bankrisiken vorgenommen. Diese Maßnahme ist Bestandteil unserer vorausschauenden und kontinuierlichen Umsetzung der Anforderungen gemäß „Basel III“ an die künftige Ausgestaltung der Eigenmittel.

III. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres

– Keine –

IV. Voraussichtliche Entwicklung (Prognosebericht)

Entwicklung der Vermögens- und Finanzlage

Bei unverändert hohem Wettbewerb werden wir unseren Fokus weiterhin auf eine hohe Beratungsqualität, die Ausschöpfung vorhandener Kundenpotenziale und eine gezielte Neukundengewinnung legen.

Für das Kundenkreditgeschäft planen wir in 2014 insgesamt ein Wachstum von 4,4 Prozent ein. Bei den Firmenkunden erwarten wir die Inanspruchnahme eingeräumter Kreditlinien und die Nachfrage nach Investitionskrediten. Zugleich möchten wir bonitätsstarke Unternehmen als Neukunden hinzugewinnen. Bei den Privatkunden rechnen wir bei anhaltend niedrigem Zinsniveau und hoher Präferenz für Wohnimmobilien mit einer weiteren Nachfrage nach Krediten für den Bau und den Erwerb von Wohnungseigentum.

Für die Entwicklung der Kundeneinlagen haben wir für 2014 in Summe ein Wachstum von 1,5 Prozent eingeplant. Für 2015 gehen wir sowohl für das Kreditgeschäft als auch für das Einlagengeschäft von ähnlichen Wachstumsraten aus.

Entwicklung der Ertragslage

In 2014 und 2015 wird das niedrige Zinsniveau eine der zentralen Herausforderungen bleiben. Konstant niedrige Zinsen werden 2014 und 2015 weitere Rückgänge des Zinsüberschusses zur Folge haben. Bei den Kundenkrediten und den Eigenanlagen werden Wiederanlageeffekte zu rückläufigen Zinserträgen führen. Bei der Verzinsung der Kundeneinlagen wird der unverändert hohe Wettbewerb eine weitere Reduzierung der Margen zur Folge haben.

Das Zinsänderungsrisiko wird auf Grundlage der dynamischen Zinselastizitätsbilanz unter Berücksichtigung verschiedener Zinsszenarien ermittelt. Bei einer unverändert verzinslichen Bilanzstruktur ergeben sich beim Szenario „konstantes Zinsniveau“ für 2014 und die Folgejahre Wiederanlagerisiken, welche den Zinsüberschuss belasten werden. Durch Volumenssteigerungen sind wir bestrebt, diese Zinseffekte zumindest teilweise zu kompensieren.

Bei dem Provisionsüberschuss planen wir in 2014 eine leichte Steigerung ein, insbesondere bei den Erträgen aus der Vermittlung von Versicherungen, Krediten und von Bausparverträgen. Die anhaltende Unsicherheit über die Entwicklung der Finanzmärkte und gestiegene gesetzliche Anforderungen an die Beratungsleistungen von Banken werden auch in kommenden Jahren keine wesentlichen Steigerungen ermöglichen.

Für 2014 und 2015 gehen wir von einer moderaten Erhöhung des Verwaltungsaufwandes aus. Lohnsteigerungen aus Tarifabschlüssen werden die Personalaufwendungen und allgemeine Preissteigerungen die anderen Verwaltungsaufwendungen leicht ansteigen lassen. Die Kosten für die Umbaumaßnahmen in der Hauptstelle Böblingen werden die Höhe der Verwaltungsaufwendungen ebenfalls beeinflussen. Wir erwarten für 2014 und 2015 insgesamt keine Verbesserung der Relation zwischen ordentlichen Aufwendungen und Erträgen.

Für die Bewertung der Kundenkredite planen wir wie in Vorjahren einen kalkulatorischen Nettoaufwand von 4,0 Mio. EUR ein. Bei der Bewertung der Eigengeschäfte rechnen wir mit keinen außergewöhnlichen Risikobelastungen.

2014 und 2015 gehen wir von einem Jahresergebnis aus, welches uns die Zahlung einer Regeldividende von 2 Euro je Aktie sowie die qualitative und quantitative Stärkung unseres Eigenkapitals ermöglicht.

V. Zweigniederlassungen

Calwer Volksbank, Zweigniederlassung der Vereinigten Volksbank AG
Liebenzeller Bank, Zweigniederlassung der Vereinigten Volksbank AG

Vorschlag für die Gewinnverwendung

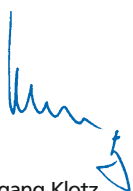
Der Vorstand schlägt im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat vor, den Jahresüberschuss von EUR 3.509.284,00 unter Einbeziehung eines Gewinnvortrages von EUR 84.820,00 (Bilanzgewinn von EUR 3.594.104,00) wie folgt zu verwenden:

	€
Ausschüttung einer Dividende von 2,00 EUR je Aktie = 7,82 % (bezogen auf den rechnerischen Nennwert einer Stückaktie)	3.594.104,00

Sindelfingen, 25. Februar 2014

Vereinigte Volksbank AG

Der Vorstand



Wolfgang Klotz
Vorsitzender



Karlheinz Sanwald
stv. Vorsitzender



Oswald Fiorini



Günther Wainowski



Das Ergebnis, das die Vereinigte Volksbank im Jahr 2013 erwirtschaften konnte, insbesondere auch das erzielte Wachstum im Kundengeschäft, ist aus Sicht des Aufsichtsrates in Zeiten der Niedrigzinsphase in einem hart umkämpften Markt erfreulich. Neben den Anforderungen, die der Markt und Wettbewerb an die Banken stellt, haben auch gesetzliche und regulatorische Themenstellungen im vergangenen Geschäftsjahr wieder weiter zugenommen. Die Einführung der Bankenunion, die SEPA-Umstellung, Basel III sowie weitere regulatorische Themen (Mindestanforderungen an das Risikomanagement 5.0, die Mindestanforderungen an Compliance, die Neuerungen der Institutsvergütungsverordnung usw.) fordern die Banken und binden deren Ressourcen und Kapazitäten in nicht unerheblichem Umfang. Diese Gesetzgebung führt unter anderem zu erhöhten Eigenkapitalanforderungen,

zu einer europäischen Vereinheitlichung der bisherigen Liquiditätsverordnung und zu einer deutlichen Erweiterung des nationalen Meldewesens. Die neue Gesetzgebung auf europäischer Ebene führt auch zeitgleich zu einer notwendigen Anpassung der nationalen Gesetzgebung des Kreditwesengesetzes.

Der § 25d KWG „Aufsichts- und Verwaltungsorgane“ enthält erweiterte Anforderungen an den Aufsichtsrat, seine Aufgaben, Zusammensetzung und Qualifikation, auch das Merkblatt zur Kontrolle der Mitglieder von Verwaltungs- und Aufsichtsorganen wurde aktualisiert.

Die Anforderungen an die Geschäftsleiter und an die Qualifikation der Mitglieder des Aufsichtsrats hinsichtlich Zuverlässigkeit, Sachkunde und die laufende Amtswahrnehmung sind weiter gestiegen. Im Fokus der Aufsicht stehen dabei nach wie vor die Themen Zuverlässigkeit und Interessenskonflikte.

Der Aufsichtsrat hat den Vorstand bei der Bewältigung der Aufgaben und Herausforderungen des Jahres 2013 mit all seinen Kräften unterstützt - durch Fragen, Diskussionen zu aktuellen Ereignissen und geschäftspolitischen Themen, Beratung und Beschlussfassung von zustimmungspflichtigen Geschäften gemäß Gesetz und Satzung und geplanten Investitionen der Bank. Die Zusammenarbeit zwischen Aufsichtsrat und Vorstand war geprägt von einem offenen Informationsaustausch und einem konstruktiven Miteinander, mit dem Ziel, gute Lösungen für die Bank zu finden.

Im vergangenen Jahr 2013 hat die Umsetzung der regulatorischen Anforderungen den Aufsichtsrat stark gefordert. Die Geschäftsordnungen des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse wurden an die aktuellen Erfordernisse angepasst. Die Governance-Regeln wurden überarbeitet und neu verabschiedet. Eine Verbesserung des Qualifizierungskonzeptes für den Aufsichtsrat wurde weiter verfolgt und umgesetzt. Der aktuelle Qualifikationsstand der Aufsichtsratsmitglieder wurde erhoben.

In der **Zusammensetzung des Aufsichtsrats** gab es 2013 zwei personelle Veränderungen. Turnusmäßig war die Amtszeit des Aufsichtsratsvorsitzenden Herrn Wolfgang Traut abgelaufen, der mit Erreichen der satzungsmäßigen Altersgrenze nicht mehr wählbar war. Als Nachfolgekandidat wurde Herr Karlfriedrich Blumhardt vorgeschlagen und von der Hauptversammlung als Aufsichtsratsmitglied auf Seiten der Anteilseignervertreter für eine Mandatslaufzeit gewählt. Bei den Arbeitnehmervertretern ist auf Basis des Austritts von Herrn Stefan Goedeckemeyer Frau Irmtraud Fischer in das Gremium nachgerückt. In der konstituierenden Sitzung des Aufsichtsrates wurde ich, Dr. Joachim Beckmann, zum neuen Aufsichtsratsvorsitzenden der Bank gewählt. Ich bedanke mich an dieser Stelle für das entgegengebrachte Vertrauen und danke den neuen Aufsichtsratsmitgliedern für ihre Bereitschaft, im Aufsichtsrat mitzuarbeiten und sich für die Bank einzusetzen.

Im vergangenen Jahr wurden sieben ordentliche **Aufsichtsratssitzungen** mit Beteiligung des Vorstands einberufen. Außerdem fand im Februar eine eineinhalbtägige Klausurtagung statt, in der die umfassenden Jahresberichte entgegengenommen und inhaltlich komplexere Themen mit der erforderlichen Tiefe besprochen wurden. Zudem wurde ein Berichtsabend mit ausschließlich informativem Charakter abgehalten.

Satzungsgemäß hat der Aufsichtsrat der Bank **Ausschüsse** gebildet, denen auch Entscheidungsbefugnisse des Aufsichtsrates gemäß Geschäftsordnung zum Teil übertragen wurden. Zeitnah und detailliert wurde aus den Ausschüssen heraus über die Inhalte und Ergebnisse im Gesamtplenum berichtet.

In zwei Sitzungen hat das **Präsidium des Aufsichtsrats** den Vorstand im vergangenen Jahr schwerpunktmäßig bei geschäftspolitischen Themen beraten.

Der **Personalausschuss** hat sich im Rahmen seiner Beratungsaufgabe zu einer Sitzung zusammengefunden. Unter anderem haben die Ausschussmitglieder eine Empfehlung zur Beschlussfassung der Vorstandsvergütung durch das Gesamtplenar erarbeitet und sie haben sich mit den Anforderungen an die Bezahlungssysteme gemäß Institutsvergütungsverordnung (IVV) befasst. An Vorstandsangelegenheiten stand die Beratung zur Verlängerung der Vorstandsverträge der Herren Wolfgang Klotz, Karlheinz Sanwald und Günther Wainowski an. Die Verträge der Herren laufen im Juni 2014 aus und wurden auf Empfehlung des Personalausschusses durch Beschlussfassung des Aufsichtsrates auf weitere 5 Jahre verlängert. Herr Wolfgang Klotz wurde als Vorstandsvorsitzender bestätigt und Herr Karlheinz Sanwald als stellvertretender Vorstandsvorsitzender.

Dem **Kreditausschuss** wurden in neun Sitzungen nach Gesetz und Satzung der Bank vorlagepflichtige Engagements vorgetragen und zur Entscheidung vorgelegt. Die Mitglieder des Kreditausschusses haben die notwendigen Beschlüsse gefasst.

Der **Prüfungs- und Risikoausschuss** hat in 2013 in sechs Sitzungen getagt. Die Ausschussmitglieder haben schwerpunktmäßig die Risikoberichte der Bank zum Quartal besprochen und hinterfragt und sich mit den Prüfungsberichten der Bank befasst. Die Wirtschaftsprüfer der Audit GmbH haben mit dem Prüfungs- und Risikoausschuss ihre Prüfungsberichte besprochen und Fragen aus dem Gremium beantwortet. Der Jahresabschluss, der Lagebericht und der Vorschlag für die Verwendung des Bilanzgewinns wurden geprüft. Die Ergebnisse der vorgenommenen Prüfungen ergaben keine Beanstandungen. Der Prüfungs- und Risikoausschuss hat seine Erkenntnisse umgehend dem Gesamtaufichtsrat zur Vorbereitung dessen Prüfung und Beschlussfassung weitergegeben. Der Gesamtaufichtsrat hat nach eigener Prüfung keine Bedenken geäußert. Das Gleiche gilt für die in 2013 routinemäßig durchgeführte Depotprüfung gemäß § 29 KWG, sowie der gleichzeitigen Prüfung der Wertpapierdienstleistungsgeschäfte nach § 36 WpHG.

Ein weiterer Hauptpart der Arbeit in den Ausschüssen lag letztes Jahr beim **Bauausschuss**, der aufgrund diverser Bauvorhaben mit Schwerpunkt in Böblingen und Sindelfingen im Rahmen von neun Sitzungsterminen stark in Anspruch genommen war.

Der vorliegende **Jahresabschluss zum 31. Dezember 2013** mit dem Lagebericht ist durch die Audit GmbH Karlsruhe Stuttgart, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden. Die verantwortlichen Wirtschaftsprüfer der Audit GmbH haben an der Jahresschlusssitzung von Vorstand und Aufsichtsrat am 10. März 2014 teilgenommen. Sie haben über die wesentlichen Ergebnisse ihrer Prüfung berichtet und Auskunft erteilt. Der Aufsichtsrat hat in dieser Sitzung den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss gebilligt. Der Jahresabschluss ist damit festgestellt. Dem Vorschlag der Gewinnverwendung schließt sich der Aufsichtsrat an.

Meinen Kolleginnen und Kollegen im Aufsichtsrat, den Herren vom Vorstand und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern danke ich in meiner Eigenschaft als Aufsichtsratsvorsitzender für die geleistete engagierte Arbeit im vergangenen Jahr. Ich wünsche Ihnen allen viel Erfolg bei den Aufgaben des Jahres 2014.

Ihnen, sehr verehrte Kunden und Aktionäre, versichere ich im Namen des gesamten Aufsichtsrats, dass die Vereinigte Volksbank mit der genossenschaftlichen Beratung weiterhin Ihr Ansprechpartner für alle Finanzgeschäfte und Rückhalt der Region sein wird.

Sindelfingen, den 10. März 2014



Dr. Joachim Beckmann
Vorsitzender des Aufsichtsrates

Impressum

Verantwortlich

Vereinigte Volksbank AG
Öffentlichkeitsarbeit
Postfach 360
71045 Sindelfingen

Telefon: 07031 864 0
Telefax: 07031 864 99800

www.diebank.de
info@diebank.de

Konzeption & Layout

VRKOM Werbeagentur GmbH
Alt-Württemberg-Allee 89
71638 Ludwigsburg

Telefon: 07141 6496 330
Telefax: 07141 6496 340

www.vr-kom.de
info@vr-kom.de

Druck

Druckerei Mack GmbH
Siemensstr. 15
71101 Schönaich

Telefon: 07031 755900
Telefax: 07031 7559010

www.druckerei-mack.de
info@druckerei-mack.de

Der Nachhaltigkeitsbericht
2013 ist separat beigelegt.
Weitere Exemplare versenden
wir gerne auf Anfrage.



Postfach 360 · 71045 Sindelfingen
info@diebank.de · www.diebank.de

Hauptstelle Böblingen
Stadtgrabenstraße 15
71032 Böblingen

Hauptstelle Sindelfingen
Gartenstraße 14
71063 Sindelfingen

Hauptstelle Schönaich
Wettgasse 38
71101 Schönaich

Hauptstelle Calw
Lederstraße 56
75365 Calw

Hauptstelle Weil der Stadt
Paul-Reusch-Straße 8
71263 Weil der Stadt